



Investmentfonds-Bericht

Januar 2014



SCHMITZ & CIE.
Individuelle Fondsberatung

Schmitz & Cie. GmbH
Individuelle Fondsberatung

Am Sommerfeld 22
D-81375 München

Telefon: +49 (0)89 17 92 40 20
Telefax: +49 (0)89 17 92 40 24

info@schmitzundcie.de
www.schmitzundcie.de



SCHMITZ & PARTNER AG
Privates Depotmanagement

SCHMITZ & PARTNER AG
Privates Depotmanagement

Via Albaredo 53
CH-6645 Brione s. Minusio

Telefon: +41 (0)91 7 44 66 65
Telefax: +41 (0)91 7 43 44 00

info@schmitzundpartner.ch
www.schmitzundpartner.ch

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Rückblick auf ein erfreuliches Börsenjahr 2013	2
1.1 Aktienmärkte	2
1.2 Rentenmärkte	3
1.3 Devisenmärkte	3
2. Rückblick auf die Wertentwicklung einzelner Investmentfonds	4
3. Rückblick auf die beiden Schmitz & Partner Fonds	9
3.1 Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds	9
3.2 Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds	10
3.3 Vorteile der Schmitz & Partner Fonds	11
4. Aktuelle Stichworte	13
4.1 Die Zypernkrisse und ihre weitreichenden Folgen	13
4.2 Euro- und Staatsschuldenkrise	17
4.3 Gold	21
4.4 Immobilien	24
4.5 Schleichende Enteignung durch negative Realzinsen	28
4.6 Sofortige Enteignung durch einmalige Vermögensabgaben	31
5. Unsere Empfehlungen für ein erfolgreiches Investmentjahr	34
6. Versuch eines Ausblicks auf das Jahr 2014	37
7. Auswahl von Presseartikeln	40

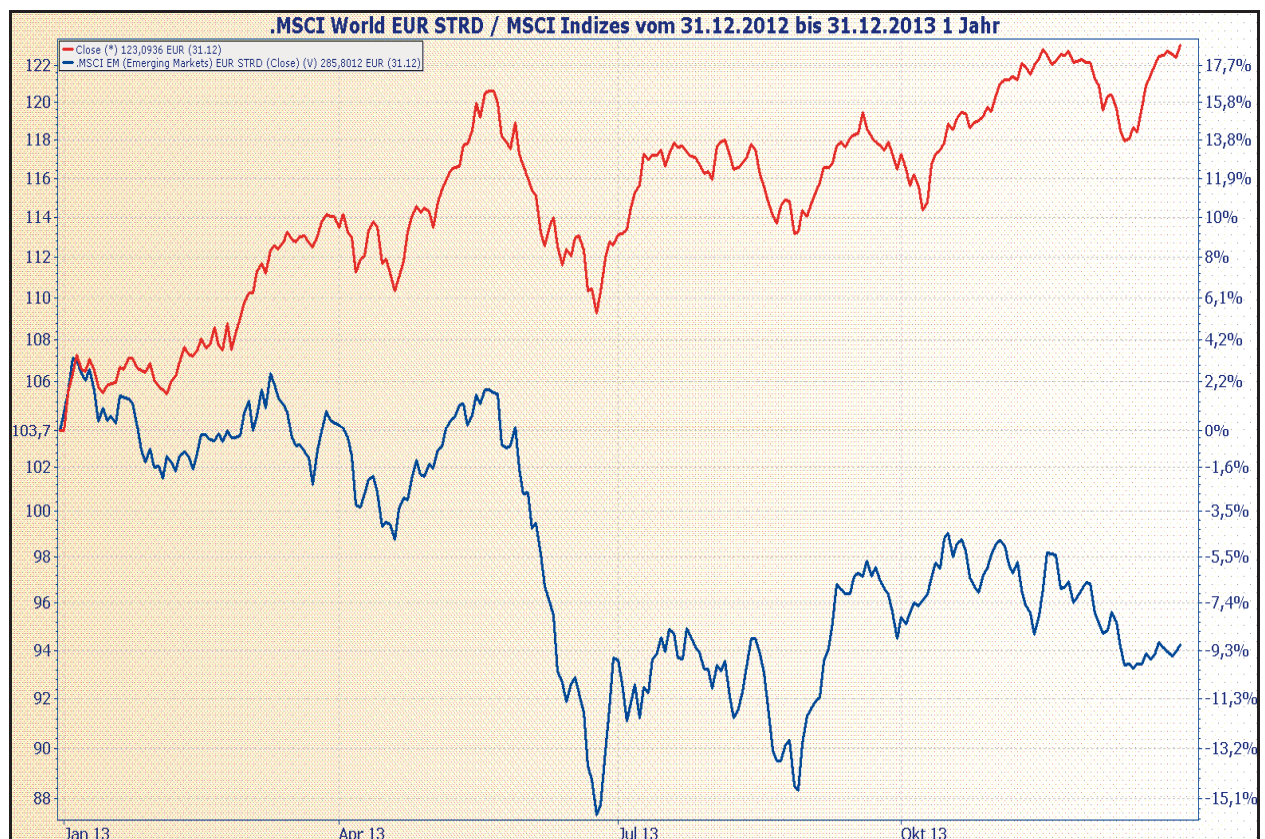


1. Rückblick auf ein erfolgreiches Börsenjahr 2013

Für die **internationalen Aktienmärkte** gibt es trotz des kräftigen Kurssturzes Ende des ersten Halbjahres einen erfreulichen **Rückblick auf das Jahr 2013**.

1.1 Aktienmärkte

Der Weltaktienindex in Euro ausgedrückt (rote Linie in der untenstehenden Grafik) beendete das abgelaufene Jahr mit einem Plus von 18 Prozent. Der Aktienindex der Schwellenländer (blaue Linie) verlor hingegen um neun Prozent:



Quelle: vwd portfolio manager 4.31.4

Die einzelnen **europäischen Aktienbörsen** stiegen im letzten Jahr unterschiedlich stark. Den deutlichsten Sprung nach oben machte der deutsche Aktienmarkt (DAX) mit einem Plus von 25 Prozent. An den anderen Börsen stiegen beispielsweise die Aktienkurse in Frankreich (CAC 40) um 23 Prozent, in der Schweiz (SMI) um 20 Prozent, in den Niederlanden (AEX) um 17 Prozent, in Italien (MIB) um 17 Prozent, in Großbritannien (FTSE 100) um 14 Prozent und in Österreich (ATX) um sechs Prozent. Es gab aber auch Aktienmärkte, die das Jahr 2013 mit Verlust abgeschlossen haben, so zum Beispiel in Russland (RTS) mit einem Minus von sechs Prozent oder in der Türkei (Nat. 100) mit einem Minus von 13 Prozent. Europaweit stiegen die Aktienkurse im Durchschnitt (Euro Stoxx 50) um 13 Prozent.

In **Übersee** stiegen die Aktienkurse ebenfalls an den meisten Börsen. In den USA (S & P 500) kletterte der Index um 30 Prozent, in Japan (Nikkei 225) um 57 Prozent und in Hongkong (Hang-Seng) nur um drei Prozent. Aber auch in Übersee fielen einige Aktienbörsen mit einem Minuszeichen im Jahresverlauf auf: so zum Beispiel in China (SSE 180) mit einem Verlust von neun Prozent oder in Brasilien (Bovespa) mit einem Verlust von 16 Prozent – jeweils in Landeswährung gerechnet, in Euro fielen die Verluste deutlich höher aus.

Insgesamt betrachtet kletterten die Aktienkurse weltweit (gemessen am MSCI-Welt-Aktienindex in Euro) im Schnitt um 18 Prozent, in den Schwellenländern (MSCI-Emerging Markets in Euro) fielen die Kurse hingegen um neun Prozent, was deutlich macht, wie heterogen das vergangene Börsenjahr auf den zweiten Blick verlaufen ist – siehe auch die oben aufgeführte grafische Darstellung der Kursentwicklung.

1.2 Rentenmärkte

An den wichtigsten **internationalen Rentenmärkten** gab es im abgelaufenen Jahr einen spürbaren Zinsanstieg. So stieg zum Beispiel die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihen in *Deutschland* von 1,5 Prozent auf 1,7 Prozent (nachdem sie Mitte September sogar schon bei 2,0 Prozent angekommen war), die Rendite der zehnjährigen Regierungsanleihen in den *USA* sprang von 1,75 Prozent auf 3,0 Prozent und die Rendite der zehnjährigen Staatsanleihen in der *Schweiz* kletterte von knapp 0,80 Prozent zu Jahresbeginn auf 1,25 Prozent.

Nach einem sich über viele Jahre erstreckenden Zinsrückgang gab es im vergangenen Jahr somit erste Anzeichen für eine mögliche Zinswende. Aber solange die Politik und die internationalen Notenbanken die Geld- und auch die Kapitalmarktzinsen weiter manipulativ drücken, solange wird sich an den **negativen Realzinsen für die Sparer** und an der **finanziellen Unterdrückung** nichts ändern.

1.3 Devisenmärkte

An den **internationalen Devisenmärkten** waren im vergangenen Jahr nur wenig bemerkenswerte Bewegungen zu verzeichnen. So stieg beispielsweise der Euro gegenüber dem *US-Dollar* um vier Prozent und gegenüber dem *britischen Pfund* um zwei Prozent.

Lediglich gegenüber Währungen, die in den Vorjahren als Schutz vor dem politischen Risiko und dem Wertverfall des Euro als gute Alternative gegolten haben, konnte der Euro in der momentanen „Krisenpause“ teilweise deutlicher an Boden gewinnen, so zum Beispiel im Vergleich zur *norwegischen Krone*; hier gewann der Euro 14 Prozent.

Auch Währungen von Schwellenländern verloren zum Teil deutlich an Boden: Der *südafrikanische Rand* büßte im vergangenen Jahr 24 Prozent ein, der *brasilianische Real* 18 Prozent, die *indische Rupie* 15 Prozent und der *russische Rubel* zwölf Prozent.



Der Wechselkurs des *Schweizer Franken* verzeichnete gegenüber dem Euro nur minimale Veränderungen. Der Kurs bewegte sich das ganze Jahr über in einer engen Spannbreite zwischen 1,21 und 1,26 Franken pro Euro:



Quelle: vwd portfolio manager 4.31.4

Die von der Schweizer Nationalbank seit dem 6. September 2011 aufgebaute Verteidigungsmauer gegen einen zu schwachen Euro (bzw. einen zu starken Schweizer Franken) von 1,20 Franken für einen Euro hat also bis jetzt immer noch gehalten. „Langfristig gesehen dürfte die langsame und kontinuierliche Erstarkung des Frankens aber ohnehin kaum aufzuhalten sein, da die Kapitalflüsse und eine gewisse Inflationsdifferenz für eine weitere Stärkung der Schweizer Währung sprechen.“¹

2. Rückblick auf die Wertentwicklung einzelner Investmentfonds

In der folgenden Übersicht haben wir für Sie von den wichtigsten Investmentfonds, die in den Wertpapierdepots der von der *Schmitz & Cie. GmbH* beratenden Kunden als Basisinvestments oder als lohnenswerte Beimischung enthalten sind, die Rendite und die Schwankungsrisiken (Volatilität) aufgeführt. Dabei gilt: je kleiner die Risikozahl, desto besser für den Anleger.

Beachten Sie in diesem Zusammenhang bitte **die sehr niedrigen Schwankungsrisiken der beiden *Schmitz & Partner Fonds*** sowohl über ein Jahr und als auch über drei Jahre, die deutlich besser sind als die Risikowerte von allen anderen hier aufgeführten Aktienfonds. Wer also in **risikoarme Aktienanlagen** investieren möchte, der kommt an den beiden *Schmitz & Partner Fonds* nicht vorbei!

¹ *Michael Rasch / Michael Ferber: Die heimliche Enteignung. So schützen Sie Ihr Geld vor Politikern und Bankern, Finanzbuch Verlag, München 2012, Seite 87.*



Zusätzlich zeigt die Aufstellung auch die zehn Fonds, die per Ende 2013 in dem Investmentfonds *Schmitz & Partner Global Offensiv* neben den Einzelaktien enthalten sind, sowie die neun Fonds, die – ebenfalls neben verschiedenen Einzeltiteln – Bestandteil des *Schmitz & Partner Global Defensiv* sind. Die Performance- und Risikozahlen sind dem Analysesystem *vwd portfolio manager 4.31.4* entnommen.

	<i>1 Jahr</i>	<i>3 Jahre</i>	<i>5 Jahre</i>
<i>Internationale Aktienmärkte:</i>	Rendite / Risiko	Rendite / Risiko	Rendite
Carmignac Investissement *	11,3 / 11,4 %	10,6 / 11,9 %	85,0 %
Fidelity European Growth Fund	17,1 / 11,3 %	17,5 / 16,7 %	69,6 %
FRANKFURT-TRUST High Dividend *	15,2 / 8,9 %	14,7 / 14,0 %	39,4 %
Franklin Mutual European Fund *	23,2 / 10,6 %	33,0 / 15,5 %	82,8 %
Lingohr-Systematic-LBB-Invest	9,2 / 10,0 %	8,7 / 14,6 %	96,0 %
M & G Global Basics *	-0,6 / 9,8 %	-6,2 / 15,1 %	83,4 %
Schmitz & Partner Global Defensiv	-5,8 / 5,3 %	-2,5 / 6,7 %²	11,0 %
Schmitz & Partner Global Offensiv	7,5 / 6,1 %	5,7 / 7,4 %	36,5 %
StarCap Priamos	23,4 / 11,3 %	10,8 / 13,0 %	52,0 %
Templeton Growth (Euro) Fund *	20,5 / 10,9 %	39,1 / 14,6 %	101,9 %
<i>Schwellenländer:</i>	Rendite / Risiko	Rendite / Risiko	Rendite
Aberdeen Global-Asian Smaller *	-0,4 / 10,0 %	19,2 / 11,4 %	188,9 %
Global Advantage Emerging Markets *	10,6 / 10,4 %	9,3 / 16,0 %	69,4 %
Lingohr-Asien-Systematic-LBB-Invest *	-3,9 / 12,5 %	-1,2 / 15,0 %	123,9 %
Templeton Asian Growth Fund *	-15,3 / 16,6 %	-12,5 / 17,6 %	144,1 %
Templeton Emerging Markets Fund	-2,3 / 11,6 %	-5,3 / 16,3 %	93,7 %
Templeton Frontier Markets Fund *	9,8 / 8,6 %	5,7 / 10,2 %	100,2 %

² Die sehr günstigen Risikozahlen im Jahresdurchschnitt für den *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds in den Jahren zuvor betragen 4,6 Prozent (2010), 1,5 Prozent (2009) und 0,4 Prozent (2008)!



	<i>1 Jahr</i>	<i>3 Jahre</i>	<i>5 Jahre</i>
<i>Internationale Bondmärkte:</i>	Rendite / Risiko	Rendite / Risiko	Rendite
Acatis IfK Value Renten **	6,2 / 4,6 %	21,3 / 5,7 %	48,0 %
FRANKFURT-TRUST EuroCorp. Bond **	1,2 / 3,2 %	17,9 / 4,0 %	19,0 %
iShares Corporate Bond **	1,8 / 2,8 %	15,8 / 3,3 %	14,2 %
Julius Bär Euro Corporate Bond **	0,4 / 3,1 %	14,2 / 2,9 %	58,3 %
StarCapital Bondvalue **	-1,8 / 4,0 %	10,1 / 4,9 %	33,4 %
Templeton Global Bond (Euro) Fund **	-0,5 / 2,4 %	11,4 / 1,9 %	29,4 %
Templeton Global Total Return **	-2,4 / 8,2 %	18,0 / 8,3 %	92,7 %
<i>Sonstige Fonds:</i>	Rendite / Risiko	Rendite / Risiko	Rendite
Zürcher Kantonalbank Gold ETF **	-30,0 / 19,1 %	-20,2 / 18,2 %	13,2 %
Zürcher Kantonalbank Silber ETF **	-36,9 / 30,1 %	-40,8 / 34,2 %	43,9 %

Die mit Sternchen (*) versehenen Investmentfonds befinden sich per 31. Dezember 2013 in dem Fonds *Schmitz & Partner Global Offensiv*, die mit (**) gekennzeichneten Fonds sind zum Jahresende 2013 im Portfolio des *Schmitz & Partner Global Defensiv*.

Einer unserer häufigsten Empfehlungen für Basisinvestments im Aktienbereich war und ist immer noch der **Templeton Growth Fund**, zunächst in Form des seit 1954 bestehenden US-Originals, später dann in Form der steuergünstigeren Luxemburger Version, dem *Templeton Growth (Euro) Fund*. Dieser Fonds eignet sich mehr denn je für Anleger, die mit einem breit gestreuten und weltweit investierenden Fonds an einer langfristig überdurchschnittlichen Wertentwicklung an den internationalen Aktienmärkten teilhaben und dabei durch den werthaltigen Ansatz (Value) unterdurchschnittliche Risiken eingehen möchten.

Das Fondsmanagement des *Templeton Growth Fund* verfolgt eine wertorientierte Anlagestrategie. Dabei identifiziert das Templeton Team um den seit März 2011 agierenden Fondsmanager *Norman Boersma* weltweit unterbewertete Qualitätsaktien, in die es konsequent investiert. Im Gegensatz zu vielen Investoren, die sich an Prognosen und kurzfristigen Trends orientieren, geht das Fondsmanagement antizyklisch vor – kauft also in Zeiten des größten Pessimismus und verkauft in Zeiten des größten Optimismus. Als „Schnäppchenjäger“ investiert der Fonds so gezielt in Aktien, die nach Meinung des Fondsmanagements unterbewertet sind und ein großes Wachstumspotenzial aufweisen.

Das **Erfolgsrezept von Sir John Templeton** hat sich in unveränderter Form seit über einem halben Jahrhundert erfolgreich bewährt:

TEMPLETON GROWTH (EURO) FUND

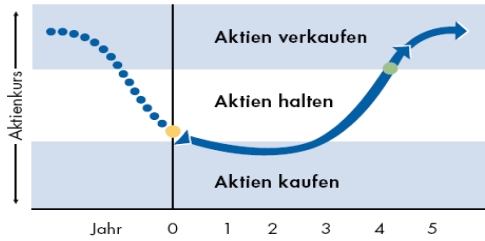
Das Templeton Erfolgsprinzip

Weltweit profitieren
Ein breit gestreutes Portfolio ist entscheidend für die erfolgreiche Nutzung weltweiter Investmentchancen.


Werte suchen
Templeton kauft, wenn noch keiner kauft und lässt so den Unternehmenswerten Zeit, um sich zu entwickeln.

Warten können
Erst mit der Zeit entwickeln unterbewertete Aktien ihr volles Potential. Die durchschnittliche Haltedauer einer Aktie im Portfolio beträgt drei bis fünf Jahre.

Bottom-Up-Ansatz
Das Fondsmanagement verfolgt konsequent eine Bottom-Up-Anlagestrategie.



● Aktie kommt auf Templeton Kaufliste
● Fairer Aktienkurs erreicht



Nach einigen Jahren „Durststrecke“, in denen nicht nur unsere Kunden, sondern auch wir von der *Schmitz & Cie. GmbH* von der Wertentwicklung des *Templeton Growth Fund* enttäuscht waren, „hat sich der Oldie-Fonds wieder an die Spitze der internationalen Aktienfonds herangekämpft.“³ Die gleiche Ansicht vertritt das *Handelsblatt*, indem es schreibt: „Nach Jahren der Schwäche und mehreren Managerwechseln liegt der Fonds nun wieder vor der Konkurrenz.“⁴

Damit bestätigen sich die Erfahrungen der Vergangenheit, dass sich der *Templeton Growth Fund* gerade nach extremen Bärenmärkten überdurchschnittlich gut entwickelt hat! Immer haben sich aus diesen Krisen **Chancen durch antizyklisches Investieren ergeben**. Der *Templeton Growth Fund, Inc.* hat in den vergangenen 20 Jahren nach Verlustphasen von über 20 Prozent immer überdurchschnittliche Erholungsphasen mit teilweise von **140 Prozent Wertzuwachs** (auf Eurobasis) verzeichnet. Und auch in jüngster Vergangenheit deutet sich nicht nur in absoluten, sondern auch in relativen Zahlen (gegenüber dem Weltaktienindex, dem MSCI World) eine spürbare Verbesserung der Wertentwicklung an, wie auch die folgende Grafik veranschaulicht:

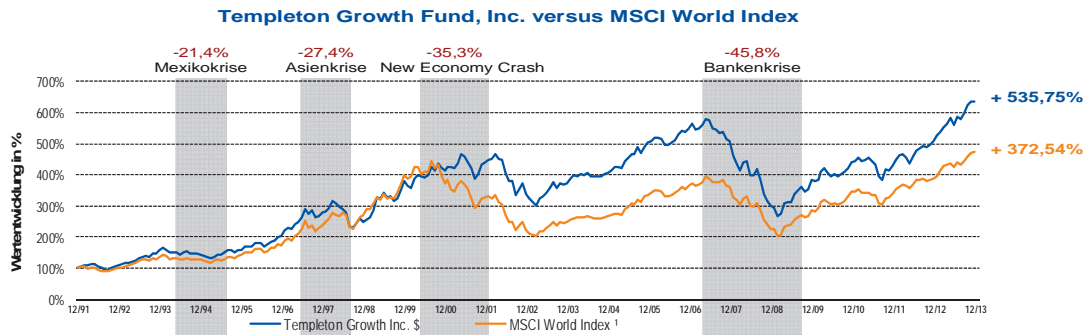
³ *WirtschaftsWoche* vom 6. Mai 2013, Seite 128. In der dort aufgeführten Statistik „Die besten internationalen Aktienfonds: Wie die erfolgreichsten Portfolio-Manager abgeschnitten haben“ liegen drei Templeton Fonds auf den ersten drei Plätzen, neben dem *Templeton Growth Inc.* und dem *Templeton Growth Euro* auch der *Templeton Global \$*.

⁴ *Handelsblatt* vom 5. Dezember 2013, Seite 30. In dem Interview (Seite 30 - 31) mit dem Fondsmanager *Norman Boersma* beschreibt die Zeitung, wie er den Fonds mit Ausdauer „leise und unbeirrt aus seiner jahrelangen Schwächephase herausgeholt“ hat.



TEMPLETON GROWTH FUND, INC.

Verlust- und Erholungsphasen in den letzten 22 Jahren



Quelle: Franklin Templeton Investments. Berechnungszeitraum: 31.12.1991 bis 31.12.2013. Wertentwicklung nach BVI-Methode in EUR. Berechnungsbasis: Nettoinventarwert, ohne Emissionsgebühren oder sonstige mit dem Kauf/Verkauf verbundene Transaktionskosten bzw. Steuern, die sich bei Berücksichtigung negativ auf die Wertentwicklung auswirken würden. Ausschüttungen wieder angelegt. **Die Wertentwicklung der Vergangenheit ist weder ein verlässlicher Indikator für die aktuelle oder zukünftige Wertentwicklung noch stellt sie eine Garantie für die Zukunft dar.** Angaben zu Indizes sind lediglich zu Vergleichszwecken gemacht worden und stellen das allgemeine Umfeld der Anlage dar. Ein Index ist i.d.R. nicht aktiv gemanagt und Anleger können nicht direkt in einen Index investieren. Die Wertentwicklung des Index wird ohne Abzug von Kosten dargestellt und entspricht nicht der Wertentwicklung eines Fonds von Franklin Templeton Investments.

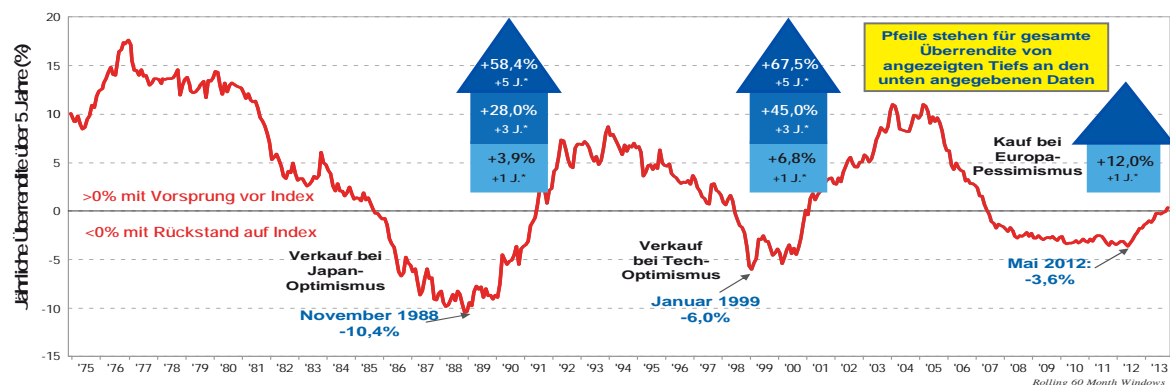


Diese bessere Entwicklung haben inzwischen auch verschiedene Fachpublikationen mitbekommen. So schreibt beispielsweise der *Euro fundspress*: „Mit dem Sprung auf Note 1 gelingt Boersma ein Comeback, mit dem viele Anleger wohl nicht mehr gerechnet haben.“⁵

Templetons Disziplin wirkt längerfristig ertragssteigernd

Templeton Growth Fund, Inc. (ohne Emissionsgebühren)
Fortlaufende Überrendite über 5 Jahre / MSCI World Index (USD)

31. Dezember 1974 – 31. Oktober 2013



Quelle: MSCI, FactSet. Erträge in US-Dollar.
Alle MSCI-Daten werden „as is“ bereitgestellt. MSCI, angeschlossene Unternehmen oder Anbieter von MSCI-Daten übernehmen keinesfalls in irgendeiner Form eine Haftung im Zusammenhang mit den hierin dargestellten MSCI-Daten. Die Vervielfältigung oder Weiterverbreitung der MSCI-Daten ist streng untersagt. Indizes werden nicht gemanagt. Es ist nicht möglich, direkt in einen Index zu investieren.
*Gesamtertrag von Tief aus.

Die Wertentwicklung der Vergangenheit ist keine Garantie für die Zukunft.
Maßgebliche Informationen zu dieser Folie entnehmen Sie bitte den wichtigen Hinweisen.



⁵ *Euro fundspress* 01-02/2014 vom 10. Januar 2014, Seite 2. Die *Euro-FondsNote* ist die Fondsbewertung des *Finanzen* Verlages, die in Kooperation mit dem Münchner Analysehaus *FondsConsult* jeden Monat neu berechnet wird. Sie berücksichtigt das Abschneiden der Fonds in den vergangenen vier Jahren, das Risiko, das der Fondsmanager eingegangen ist, sowie dessen Aussichten, die Leistungen in der Zukunft zu wiederholen. Die Noten reichen von 1 (ausgezeichnet) bis 5 (ungenügend).



In dem oben aufgeführten Schaubild („Templetons Disziplin wirkt längerfristig ertragssteigernd“) erkennt man für die Jahre 2012 und 2013 eine langsam nach oben drehende rote Kurve, die gerade wieder die horizontal verlaufende, dünne schwarze „Nulllinie“ von unten nach oben durchstößt. Im Anschluss an die beiden Male, wo dies zuletzt geschehen ist (1991 und 2001), folgten **viele Jahre der Überperformance des Templeton Growth Fund gegenüber dem Weltaktienindex**. Die Chancen stehen gut, dass dies auch für die nächsten Jahre wieder so sein wird!

Substanz- und Finanzstärke werden in der vor uns liegenden Marktperiode die entscheidenden Schlüssel für Erfolg sein. In den vergangenen Jahren hat sich die Konzentration auf Qualität am Aktienmarkt für Investoren leider nicht immer ausgezahlt. Dies dürfte sich jedoch in den nächsten Jahren wieder normalisieren. Wir von der *Schmitz & Cie. GmbH* sind der Überzeugung, dass der *Templeton Growth Fund* auf einem sehr guten Weg ist und vertrauen dem Managementteam der Templeton Global Equity Gruppe.

3. Rückblick auf die beiden Schmitz & Partner Fonds

3.1 Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds

Der *Schmitz & Partner Global Offensiv* ist ein gemischtes Sondervermögen, das sein Vermögen weltweit investieren kann. Anlageschwerpunkt sind Aktienfonds und Einzelaktien mit einer maximalen Investitionsquote von 100 Prozent. Dabei wird auf eine gesunde Mischung aus Zielfonds von etablierten Gesellschaften und von feinen Fondsboutiquen geachtet sowie bei den Einzelwerten auf eine breite Streuung des Risikos. Das Ziel der Anlagepolitik ist ein mittel- bis langfristig hoher, risikoadjustierter Wertzuwachs. Der Fonds wurde am 1. November 2007 aufgelegt und wird von der *SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement* beraten.

Der *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds* verbuchte im Börsenjahr 2013 einen erfreulichen Zuwachs: Bei einer Volatilität (Schwankungsrisiko) im Jahresdurchschnitt von lediglich 6,9 Prozent erzielte er eine Jahresrendite von 7,5 Prozent. Von einem leichten Minus von rund einem halben Prozent im Monat April abgesehen, fiel der Fondspreis lediglich im Monat Juni – alle anderen zehn Monate wiesen ein Plus im Anteilspreis aus.

Im Laufe der letzten zwölf Monate stieg die Investitionsquote des Fonds kontinuierlich von 74 Prozent zu Jahresbeginn auf über 88 Prozent zum Ende des Jahres. Der in Aktienfonds investierte Teil stieg von knapp 47 Prozent auf 53 Prozent, der Anteil der Einzelaktien wuchs von knapp 28 Prozent auf gut 36 Prozent. Weiterhin hoch ist der direkt oder indirekt in den sogenannten Emerging Markets (Schwellenländern) investierte Teil des Fondsvermögens, der zum Jahresende mehr als ein Drittel des Fondsvermögens ausmachte.

Anlageschwerpunkte des Fonds waren im vergangenen Jahr nach wie vor unterbewertete Einzelaktien sowie Aktienfonds mit der Ausrichtung „Emerging Markets“ und Rohstoffe.

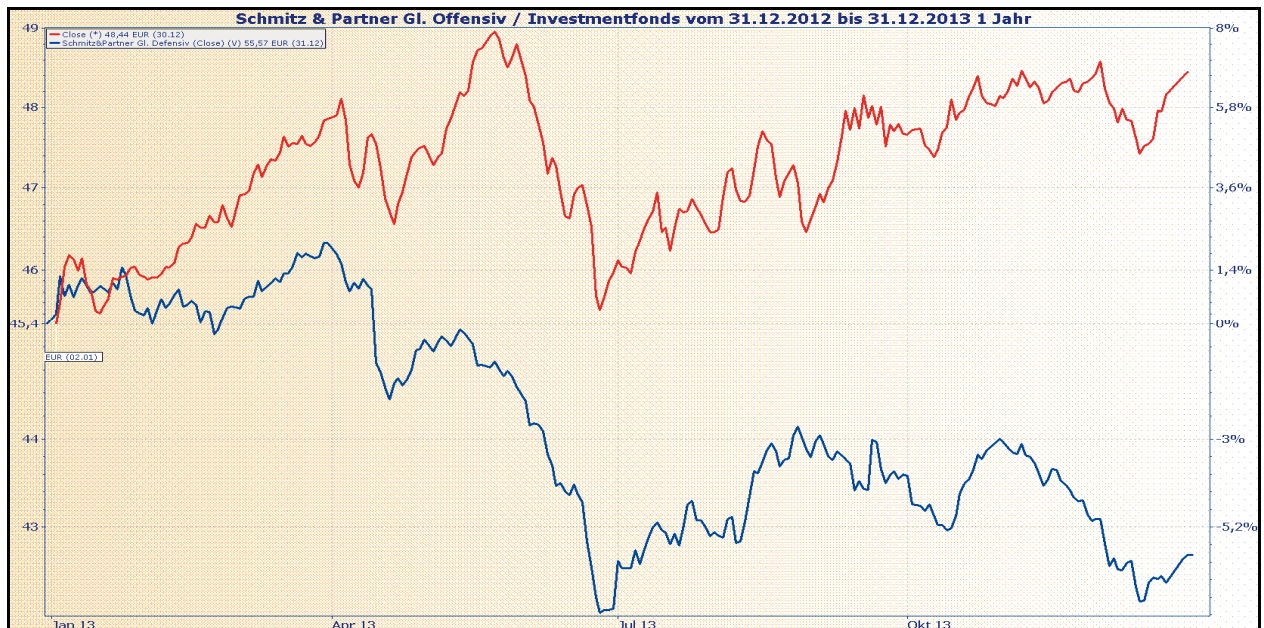
3.2 Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds

Der *Schmitz & Partner Global Defensiv* ist ein gemischtes Sondervermögen, das sein Vermögen weltweit investieren kann. Anlageschwerpunkte sind zum einen Aktienfonds und Einzelaktien, zum anderen Rentenfonds und einzelne verzinsliche Wertpapiere, wobei in der Regel Aktienfonds und Einzelaktien nicht mehr als 50 Prozent des Fondsvolumens ausmachen sollen. Dabei wird auf eine gesunde Mischung aus Zielfonds von etablierten Gesellschaften und von feinen Fondsboutiquen geachtet sowie bei den Einzelwerten auf eine breite Streuung des Risikos. Das Ziel der Anlagepolitik ist ein mittel- bis langfristig hoher, risikoadjustierter Wertzuwachs. Der Fonds wurde am 7. Mai 2008 aufgelegt und wird von der *SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement* beraten.

Der *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* musste im Börsenjahr 2013 zum ersten Mal seit seinem Bestehen einen deutlichen Rückgang im Anteilspreis verzeichnen. Mit einem Jahresminus von 5,8 Prozent und einer Volatilität (Schwankungsrisiko) von 5,4 Prozent im Jahresdurchschnitt hat der Fonds einen Teil seines bisherigen Wertzuwachses eingebüßt und weist nun ein Plus von knapp zwölf Prozent seit Auflegung auf. Die Hauptgründe für die enttäuschende Performance liegen in der wieder aufkommenden Risikofreude der Anleger und der damit einhergehenden Abkehr von Themen wie Euro- und Staatsschuldenkrise (Krisenpause). In diesem Zusammenhang sind zum einen der stärkste Kursverlust von Gold und Silber in den letzten 30 Jahren (die beiden größten Positionen des Fonds sind Gold und Silber) und zum anderen die Währungsverluste wie zum Beispiel der norwegischen Krone oder des Schweizer Franken zu sehen.

Im Laufe der letzten zwölf Monate stieg die Investitionsquote des Fonds kontinuierlich von 64 Prozent zu Jahresbeginn auf 77 Prozent zum Ende des Jahres. Der Anteil der Einzelaktien stieg leicht auf 35 Prozent, einzelne kurzlaufende festverzinsliche Wertpapiere (ausschließlich in der höchsten Bonitätsstufe AAA) machen vier Prozent aus. Der Euroanteil ist weiter gesunken und liegt bei knapp 44 Prozent. Der größere Teil des Fondsvermögens ist in den Währungen Schweizer Franken (39 Prozent), norwegische Krone (elf Prozent), kanadische Dollar (vier Prozent) und englische Pfund (zwei Prozent) angelegt.

Neben der Aktienquote von rund 35 Prozent waren weitere Investitionsschwerpunkte zum einen die bereits seit April 2009 im Fondsvermögen vorhandenen physischen und in der Schweiz gelagerten Gold- und Silberbestände mit knapp 14 Prozent Anteil am Fondsvermögen und zum anderen Festverzinsliche in Gestalt von einzelnen kurzlaufenden festverzinslichen Wertpapieren und Renten- bzw. Indexfonds (insbesondere Unternehmensanleihen) mit gut 28 Prozent.



Quelle: vwd portfolio manager 4.31.4

3.3 Vorteile der Schmitz & Partner Fonds

Die *Schmitz & Partner Fonds* sind **vermögensverwaltende Investmentfonds**, was bedeutet, dass wir uns für Sie um die sinnvolle und der jeweiligen Börsensituation angepasste Aufteilung der einzelnen Vermögensklassen kümmern. Die Zusammenstellung von Aktien, Anleihen und Liquidität geschieht also innerhalb der beiden *Schmitz & Partner Fonds* und muss nicht mehr durch den Kauf bzw. späteren Verkauf von einzelnen Aktien-, Renten- oder Geldmarktfonds auf der Kundenebene abgebildet werden. Sie als unser Kunde profitieren damit zusätzlich (nicht nur in schwierigen Börsensituationen) von der inzwischen 35jährigen aktiven Börsenerfahrung, die der verantwortliche Fondsberater *Dr. Holger Schmitz* für die beiden *Schmitz & Partner Fonds* zu Ihrem Nutzen und zu Ihrem Vorteil einbringt.

Darüber hinaus liegen die Vorteile der beiden *Schmitz & Partner Fonds* nach wie vor in der **kostengünstigen, schnellen und flexiblen Umsetzung unserer erfolgreichen Investmentideen** innerhalb der Fonds im Vergleich zu den Einzelfondsanlagen in den Depots unserer Kunden. Gerade in volatilen Zeiten, in denen sich die Märkte fast schon im Stundentakt nach oben oder nach unten bewegen, ist dies ein wichtiger Pluspunkt für Sie!

Zusätzlich bleibt auch nach dem Termin 31.12.2008 ein Teil der **Vorteile bei der Abgeltungsteuer** bestehen. Zwar ist die völlige Abgeltungsteuerfreiheit für Käufe nach dem Stichtag weggefallen – sowohl für einzelne Wertpapiere wie Aktien oder Festverzinsliche als auch für Investmentfondsanlagen. Da aber nach wie vor das sogenannte **Fondsprivileg** bestehen bleibt, werden Verkaufsgewinne auf Fondsebene nicht bei jedem einzelnen Verkauf innerhalb des Fonds, sondern erst bei einem endgültigen Verkauf der Fondsanteile beim Anleger zum Verkaufszeitpunkt versteuert. Dies bedeutet je

nach Anlagedauer einen erheblichen **Steuerstundungseffekt** innerhalb der *Schmitz & Partner Fonds* gegenüber einer Anlage in Einzelfonds oder auch in einzelnen Wertpapieren!

Durch beliebige Kombination der beiden *Schmitz & Partner Fonds* ist jede erdenkliche individuelle Risikopräferenz für Sie als Kunde umsetzbar: Von einem sehr risikoarmen Investment (Anlage ausschließlich im *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds*) über ein etwas renditestärkeres Investment (Aufteilung des Anlagebetrages beispielsweise zu 60 Prozent in den *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* und zu 40 Prozent in den *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds*) bis hin zu einem chancenorientierten Investment (der zur Verfügung stehende Betrag wird ausschließlich in den *Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds* angelegt).

Ein weiterer wichtiger Vorteil: Sie legen zu Beginn Ihrer Investition nur einmal Ihre persönliche Risikofähigkeit und Ihre Risikobereitschaft fest, was dann unmittelbare Konsequenzen für Ihr Risikoprofil und damit das Mischungsverhältnis der beiden *Schmitz & Partner Fonds* in Ihrem Wertpapierdepot hat. Veränderungen an den Börsen und daraus notwendige Reaktionen durch Umschichtungen und Transaktionen nehmen wir für Sie kostengünstig auf der Fondsebene innerhalb der beiden *Schmitz & Partner Fonds* vor.

Die Vorteile der beiden *Schmitz & Partner Fonds* für Sie auf einen Blick:

Kriterien	Vorteile für Sie als Investor
Professionelle Vermögensverwaltung	Erfolgreiche Vermögensverwaltung innerhalb der beiden <i>Schmitz & Partner Fonds</i> statt Anlage auf Kundenebene mit Einzelfonds.
Diversifizierung	Weltweite Investments in Zielfonds mit unterschiedlichen Investmentstilen und in aussichtsreiche Einzelwertpapiere.
Rendite	Nachgewiesenermaßen höhere Rendite durch aktives Fondsmanagement im Vergleich zu passiver Anlage in Indizes (ETFs).
Risiko	Sehr niedrige Schwankungsrisiken der beiden <i>Schmitz & Partner Fonds</i> , dadurch exzellentes Rendite-Risiko-Verhältnis .
Ausgabeaufschläge u. Transaktionskosten	Keine Ausgabeaufschläge beim Kauf von Zielfonds, erheblich niedrigere Kosten beim Kauf und Verkauf von Einzelwertpapieren.
Abwicklungsaufwand	Nur einmaliger Kauf der <i>Schmitz & Partner Fonds</i> im Vergleich zu häufigem An- und Verkauf einzelner Fonds bzw. Wertpapiere.
Sicherheit	Hohes Maß an Schutz und Solidität durch die Unterstellung unter das deutsche Investmentgesetz. Kein Insolvenzrisiko!
Abgeltungsteuer	Signifikante langfristige Vermögensvorteile durch Steuerstundungseffekt auf Fondsebene.
Renommierte und professionelle Partner	FRANKFURT-TRUST Investment-Gesellschaft mbH, BNY Mellon Asset Servicing (früher: BHF-BANK AG), SCHMITZ & PARTNER AG.
Internationale Anerkennung	Zahlreiche Spitzenplatzierungen in der Presse (häufig Platz 1) und Auszeichnungen mit Top-Ratings (z. B. Morningstar).

4. Aktuelle Stichworte

4.1 Die Zypernkrise und ihre weitreichenden Folgen

Als im März 2013 die ersten Nachrichten von einer möglichen Zahlungsunfähigkeit der größten zyprischen Bank (Bank of Cyprus) und in Folge auch über einen eventuellen Staatsbankrott von Zypern aufkamen, haben viele Anleger noch verwundert den Kopf geschüttelt. Denn allein die winzige Größe sowohl der Bank of Cyprus (die Bilanzsumme ist kleiner als die der Hamburger Sparkasse) als auch des Staates Zypern (die Wirtschaftskraft ist geringer als die des Saarlandes) können doch wohl nicht den gesamten Euroraum in Bedrängnis bringen oder den Euro als Gemeinschaftswährung in Frage stellen!

Erst als im Laufe der Sanierungsgespräche immer deutlicher wurde, dass der übliche Weg der letzten Jahre, mit immer mehr Milliarden Euro Hilfskrediten überschuldeten Staaten unter die Arme zu greifen und weitere Zeit zu kaufen, diesmal versperrt war, wurde die Diskussion um die Zypern-Rettung spannend. Denn der ursprünglich anvisierte Rettungsbetrag von maximal 17 Milliarden Euro entspricht ungefähr dem Bruttoinlandprodukt des Kleinstaates und hätte dessen Verschuldung derart in die Höhe getrieben, dass die Tragfähigkeit und die Rückzahlung der Schulden kaum mehr gesichert gewesen wären. Dies akzeptierten weder der Internationale Währungsfonds noch eine Reihe von Euro-Staaten.⁶

Daraufhin kam die Idee auf, lediglich Hilfskredite von zehn Milliarden Euro zur Unterstützung maroder Banken sowie zur Finanzierung des zyprischen Haushaltes zu gewähren.⁷ Der fehlende Betrag von rund sechs Milliarden Euro sollte durch eine einmalige „**Stabilitätsabgabe**“ auf Einlagen in- und ausländischer Kunden von allen zyprischen Banken erhoben werden. Die erste Version, die der erstaunten Öffentlichkeit über das Wochenende präsentiert wurde, sah eine „**einmalige Sondersteuer auf Bankeinlagen**“ (so der wohl aus juristischen und politischen Gründen gewählte Begriff) vor, bei der Einlagen bei allen zyprischen Kreditinstituten bis zu 100.000 Euro mit 6,75 Prozent belastet werden sollten, Kundeneinlagen über 100.000 Euro sogar mit 9,9 Prozent.⁸

⁶ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. März 2013, Seite 17.

⁷ „Die 10 Mrd. €-Hilfe für Zypern wird am Schluß im wesentlichen aus Deutschland kommen, denn der Rest Europas ist mehr oder minder zahlungsunfähig.“ Zitat aus der *FINANZWOCHEN* vom 4. April 2013, Seite 3.

⁸ Entgegen anders lautenden Meldungen ist die Belastung von Kundengeldern unterhalb von 100.000 Euro nicht auf Veranlassung der deutschen Verhandlungsführung unter Kanzlerin *Angela Merkel* und Bundesfinanzminister *Wolfgang Schäuble* angeregt worden. Von deutscher Seite ist lediglich ein Eigenbetrag von rund sechs Milliarden Euro als Voraussetzung für Hilfskredite in Höhe von zehn Milliarden Euro genannt worden; die Aufteilung der daraus resultierenden Belastung der Kundengelder wurde der zyprischen Seite überlassen. Dem Vernehmen nach befürchteten die zyprischen Verantwortlichen jedoch eine massive Kapitalflucht der vermögenden Kunden, sollten Beträge über 100.000 Euro mit einer zweistelligen Abgabe belegt werden. Unter zehn Prozent konnte sie aber nur bleiben, wenn auch Guthaben unter 100.000 Euro mit einbezogen werden. Vgl. hierzu *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. März 2013, Seite 17.

Und damit keine Kunden ihre Kontoguthaben einfach abheben oder überweisen konnten, sollten die fraglichen Beträge den Bankkunden am Wochenende vor der Öffnung der Banken eingefroren bzw. die Kontoguthaben entsprechend gekürzt werden. Zusätzlich war vorgesehen, dass Abhebungen an Geldautomaten begrenzt werden und Überweisungen ins Ausland nur noch mit einer Genehmigung der nationalen Zentralbank zugelassen werden (= **Kapitalverkehrskontrollen**).

Diese Situation war neu: Noch nie seit Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1957 hat ein Mitgliedstaat solche Kontrollen in Kraft gesetzt. Erstaunlicherweise sind die Kapitalverkehrskontrollen in Zypern mit europäischem Recht durchaus vereinbar. Zwar garantiert der EU-Vertrag von Lissabon grundsätzlich eine grenzüberschreitende Kapitalverkehrsfreiheit. Einschränkungen im Interesse „der öffentlichen Sicherheit“ sind aber erlaubt, heißt es in Artikel 65 des Vertrages. Setzt ein einzelner EU-Staat solche Kontrollen in Kraft, benötigt er nicht einmal eine Genehmigung aus Brüssel.⁹

Kaum war die von der Eurogruppe übers Wochenende vorgeschlagene Zwangsabgabe auf alle Sparguthaben in Zypern bekannt geworden, setzte europaweit ein Sturm der Entrüstung ein, weil die Belastung von Kleinsparern natürlich als höchst ungerecht gilt. Denn in der Europäischen Union gilt eine staatliche Mindestgarantie für alle Spareinlagen von bis zu 100.000 Euro, die im Fall einer Bankenpleite greifen soll. Die EU hatte die Garantie als Folge der Finanzkrise von 2008 schrittweise von 20.000 über 50.000 auf 100.000 Euro angehoben.¹⁰ Sofort kam die Erklärung der Eurogruppe, die Zwangsabgabe sei eine „**einmalige fiskalische Maßnahme**“ des zypriotischen Staates. Und jeder Staat könne Kapitalanlagen nach eigenem Dafürhalten besteuern. Mit einer Bankenpleite habe die Abgabe nichts zu tun.¹¹ Aber an der öffentlichen Entrüstung änderte diese Aussage natürlich nichts.

Wobei sich der Verfasser dieser Berichte bereits zum damaligen Zeitpunkt gefragt hat, warum sich Kleinsparer in Zypern über eine geplante staatliche Zwangsabgabe von lediglich 6,75 Prozent so aufregen. Die Banken in Zypern haben ihre Kunden schließlich jahrelang mit hohen Einlagenzinsen gelockt. Nach Berechnungen der Nachrichtenagentur *Bloomberg* ergibt sich seit Anfang 2008 ein kumulierter Zinsertrag von mehr als 24 Prozent für Privatanleger auf Konten bei den zypriotischen Kreditinstituten. Im Vergleich dazu erhielten zum Beispiel Anleger in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren bei ihren Banken nur einen Zinsertrag von etwa 13 Prozent.¹² Von dem ungerechtfertigten Mehrertrag in Höhe von über elf Prozent etwas mehr als die Hälfte wieder abzugeben – und danach immer noch besser dazustehen als ein deutscher Sparer im selben Betrachtungszeitraum – rechtfertigt doch nicht einen solchen Medienaufstand!

⁹ Vgl. *Handelsblatt* vom 22. - 24. März 2013, Seite 9.

¹⁰ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. März 2013, Seite 18.

¹¹ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. März 2013, Seite 18.

¹² Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. März 2013, Seite 17. In der grafischen Darstellung der Verzinsung von Einlagen auf Privatkonten in demselben Artikel wird deutlich, dass die Verzinsungen (von Einlagen mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren) Anfang 2008 in beiden Ländern mit rund vier Prozent noch sehr eng beieinander lagen und danach immer weiter auseinander gelaufen sind. Anfang 2013 wurden in Zypern dann 4,5 Prozent Zinsen erzielt, während in Deutschland der Zins nur noch bei 1,5 Prozent lag.



Stattdessen wächst in Zypern der **Hass auf die deutschen Helfer**, die viele Milliarden Euro für die Rettung bereitstellen, anstatt sich mit den wahren Ursachen der Misere auseinanderzusetzen.¹³ „Schon in Zypern hätte man der Bevölkerung klar machen müssen, daß Deutschland hier den Bankkunden keine Gelder wegnimmt, sondern daß das Geschäftsmodell der zypriotischen Banken (zu hohe Zinsen an intransparente Einleger, Käufe von hoch spekulativen, z. B. griechischen Anleihen) der Grund für die Probleme ist.“¹⁴ Oder noch deutlicher formuliert: „Das Ende eines fragwürdigen Steuerparadieses mit doppelt so viel Geld auf Schwarzgeldkonten, wie die Wirtschaftsleistung des Landes erbringt, ist ein längst überfälliges Projekt der Vernichtung.“¹⁵

Dennoch wurde der Druck der Öffentlichkeit nach den Protesten in Zypern und in anderen Eurostaaten so stark, dass der ursprüngliche Plan der zypriotischen Regierung, Kleinsparer unter 100.000 Euro an der Rettungsaktion für Zypern zu beteiligen, aufgegeben werden musste. Nach den aktuellen Ideen sollen Einlagen oberhalb von 100.000 Euro zunächst mit 60 Prozent belastet werden. Damit ist der von den EU-Partnern geforderte Eigenanteil an der Bankenrettung gewährleistet. Konkret sollen 37,5 Prozent der Einlagen über 100.000 Euro in Aktien der *Bank of Cyprus* umgewandelt werden und 22,5 Prozent für drei Monate eingefroren werden, bis der endgültige Finanzbedarf von Zypern feststeht. Die übrigen 40 Prozent werden nur ausgezahlt, wenn sich die Bank wieder positiv entwickelt hat.¹⁶

„Ob man die inzwischen von der Regierung in Nikosia wieder zurückgenommenen, kurzfristigen Massnahmen zur Bankenrettung nun als Stabilitätsabgabe, Steuer, Enteignung oder schlicht als Diebstahl bezeichnet, mag vielleicht Ansichtssache sein. Es ist jedoch ein Faktum, dass die Sparer in weiten Teilen Europas und auch in den USA schon seit mehr als zwei Jahren kalt enteignet werden. Der Albtraum manifestiert sich durch negative Realzinsen und eine finanzielle Repression. Besserung ist noch für lange Zeit nicht in Sicht.“¹⁷ Aber es scheint, dass es für die Sparer demnächst noch viel schlimmer kommen wird, denn: „Die zentrale Lehre aus der Zypern-Rettung lautet: **Die Politik kann ihre Bürger nicht nur schleichend enteignen durch Niedrigzinsen und Inflation, sondern auch blitzschnell durch den Einzug ihrer Vermögen.**“¹⁸ Wir gehen in Kapitel 4.6 (Seite 31) auf diese unterschätzte Gefahr noch näher ein.

¹³ Dieses Verhalten ist nicht nur in Zypern, sondern auch in anderen Krisenländern zu beobachten: „Griechen, Zyprioten oder Italiener suchten die Schuld für ihre eigene Situation nicht so sehr bei politischen Fehlentscheidungen korrupter Führungsschichten ihres eigenen Landes, sondern in Brüssel oder Berlin, wo man sich angeblich nicht ausreichend solidarisch zeigte.“ Zitiert aus *Dominik Geppert: Ein Europa, das es nicht gibt – Die fatale Sprengkraft des Euro*, Europa Verlag, Berlin 2013, Seite 64. Geppert ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn.

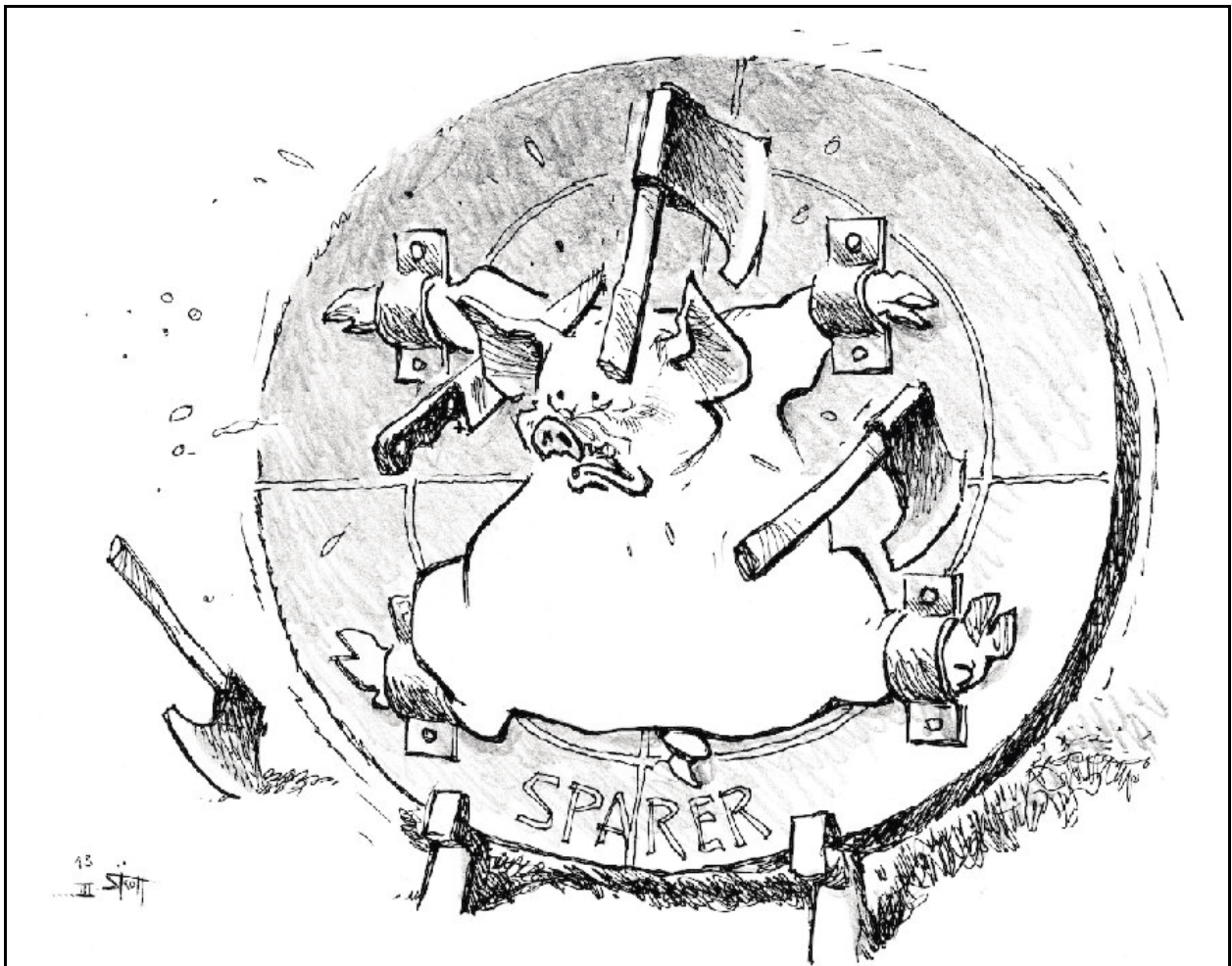
¹⁴ *FINANZWOCHE* vom 4. April 2013, Seite 3.

¹⁵ *Die Actien-Börse* vom 6. April 2013, Seite 1.

¹⁶ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. April 2013, Seite 19.

¹⁷ *Neue Zürcher Zeitung* vom 23./24. März 2013, Seite 1.

¹⁸ *WirtschaftsWoche* vom 30. März 2013, Seite 20; Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* In der Titelgeschichte mit der Überschrift „Europa am Abgrund – Deutschland im Abseits?“ (Seite 20 - 25) wird eindringlich vor dem Euro als politischem Spaltpilz gewarnt: „Der Euro hat auch das Potenzial, den Kontinent politisch zugrunde zu richten.“ Als mögliche Lösung gibt die Zeitschrift zu bedenken, „... vielleicht ist es höchste Zeit, darüber nachzudenken, dass Europa eine Alternative hat: den vorübergehenden Rückzug des einen oder anderen Landes aus der Währungsunion.“ (beide Zitate auf Seite 22)



Quelle: *Handelsblatt* vom 20. März 2013, Seite 13

Die *Neue Zürcher Zeitung am Sonntag* titelt daher folgerichtig: „Mit dem Sündenfall auf Zypern bricht eine neue Epoche an: Die drohende Plünderung von Bankkonten durch den zypriotischen Staat beweist: **Zur Bewältigung der Euro-Krise ist den Politikern jedes Mittel recht.**“¹⁹ Machen wir uns nichts vor: „Zypern ist entgegen allen Beteuerungen kein Sonderfall, sondern der Präzedenzfall zum Zugriff auf Bankguthaben in der Krise.“²⁰ Den gesalbten Worten und den Zusicherungen von Politikern zu vertrauen, ist der größte Fehler, den Sparer bei der Anlage ihrer Gelder in nächster Zukunft machen können – bevor Sie das tun, verschenken Sie Ihr Geld lieber vorher noch!

Und so schreibt das *Handelsblatt* völlig zu recht: „Es gilt das gebrochene Wort. Immer wieder kassiert die Politik im Zuge der Krise gegebene Zusagen.“²¹ Oder noch deutlicher: **„Die Politik betrügt den Bürger auf unverschämte Weise und gaukelt ihm**

¹⁹ *Neue Zürcher Zeitung am Sonntag* vom 24. März 2013, Seite 15; Hervorhebung durch Schmitz & Cie. Der Autor *Beat Kappeler* schreibt weiter: „Die europäische Wirtschaftsgeschichte gliedert sich seit neuestem in eine Epoche, bevor die Politiker Bankkonten plünderten, und in eine Epoche danach.“

²⁰ *FUCHSBRIEFE* vom 18. März 2013, Seite 1.

²¹ *Handelsblatt* vom 19. März 2013, Seite 7.

laufend Lösungen vor.“²² Aber es gibt auch Schutzmöglichkeiten vor diesen traurigen Wahrheiten! Eine der besten Strategien, der verlogenen Politik zu entkommen und sein Geld real zu erhalten, wird in den nächsten Jahren die „**Krisenwährung Aktie**“ sein.²³

Und so verwundert es auch nur bei oberflächlicher Betrachtung der Geschehnisse der Finanzmärkte in den letzten Wochen, dass die europäischen Aktienbörsen im Rahmen der Zypernkrise gestiegen und nicht gefallen sind. Und ebenfalls kein Zufall ist, dass die Schweizer Aktienbörse von den Unsicherheiten um Zypern am meisten profitiert hat, und die Rangliste der Aktienkurssteigerungen im ersten Quartal 2013 anführte. „**Die Schweiz ist Profiteur der Unruhen in Europa!** (...) Der Einfallsreichtum kennt nach Zypern keine Grenzen und es wird für alle teuer. Deshalb heiß die neue Parole für europäisches Kapital schon jetzt: ‚Wieder zurück in die Schweiz!‘“²⁴

Und weiter: „Die Folge der Sparer kann doch nur sein, die Sichtguthaben in Aktien anzulegen. Denn Depots sind von der Zwangsenteignung ausgenommen.“²⁵ Der Artikel mit dem schönen Titel „**Letzter Ausweg Aktien**“ fährt fort: „Aktien als Ausweg aus der Euro-Krise also. Und wer dabei ganz sichergehen will, legt sein Geld am besten gleich bei einer Bank in der Schweiz an.“²⁶ Schöner hätten wir von *Schmitz & Cie.* das auch nicht formulieren können!

4.2 Euro- und Staatsschuldenkrise

Wer in den vergangenen Monaten die Diskussion in den Medien über die Themen „Euro“ und „Staatsschulden“ aufmerksam verfolgt hat, konnte den Eindruck gewinnen, dass beide Problembereiche in der Politik kaum noch eine Rolle spielen: „Vom Euro und seiner Krise spricht man kaum mehr.“²⁷ Aber diese Sicht der Dinge ist falsch, denn: „Die Krise ist noch lange nicht vorbei.“²⁸ Und weiter: „Die europäische Schuldenkrise ist noch nicht überwunden. Die Staatsschulden steigen weiter.“²⁹ Richtig ist wohl eher: „Die Euro-

²² Felix Zulauf im Interview mit dem *Handelsblatt* vom 31. Januar 2013, Seite 34 - 35, hier Seite 34; Hervorhebungen durch *Schmitz & Cie.* Zulauf ist Eigentümer und Präsident von *Zulauf Asset Management*, einem Hedgefonds, den er 1990 gründete und der über 1,7 Mrd. US-Dollar "Assets under management" verfügt.

²³ So lautete die Schlagzeile auf der ersten Seite des *Handelsblatts* vom 7. März 2013.

²⁴ *Die Actien-Börse* vom 6. April 2013, Seite 6; Hervorhebung im Original.

²⁵ *Handelsblatt* vom 25. März 2013, Seite 28.

²⁶ *Handelsblatt* vom 25. März 2013, Seite 28.

²⁷ *Neue Zürcher Zeitung* vom 16. Januar 2014, Seite 30. In demselben Artikel heißt es an anderer Stelle: „Man kann nicht behaupten, dass das Thema Euro-Politik in Deutschland noch eine grosse Rolle spielt.“

²⁸ Hans-Werner Sinn in einem Gastkommentar „Neustart für den Euro“ im *Handelsblatt* vom 16. Januar 2014, Seite 48. Sinn schreibt in seinem Aufsatz in diesem Zusammenhang sehr schön von der „Ruhe zwischen den Sturmtiefs“. Sinn ist seit 1984 Ordinarius in der volkswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München. Im Jahr 1999 wurde er zudem Präsident des *ifo Instituts für Wirtschaftsforschung* in München.

²⁹ *Deutsche Bundesbank*, Finanzstabilitätsbericht 2013, Seite 7. Die Bundesbank merkt in der Untersuchung kritisch an: „Mit zunehmender Dauer verschiebt sich jedoch das Verhältnis von Nutzen und Kosten anhaltend niedriger Zinsen; die Risiken und die unerwünschten Nebenwirkungen für die Finanzstabilität nehmen zu. (Seite 8)



Krise dürfte das bisher bedeutendste gesamtwirtschaftliche (makroökonomische) Ereignis im noch jungen 21. Jahrhundert darstellen.“³⁰

Auch wenn die Schulden- und Eurokrise derzeit medial nicht mehr so präsent ist, gelöst ist die Krise natürlich noch keineswegs, trotz der wiederkehrenden Versuche der Politik, uns genau das gerne weismachen zu wollen – die Krise ist höchstens mit weit höheren Kosten in die Zukunft verschoben. *Ulrich van Suntum* bemerkt daher zu Recht: „Die **Krisenpause** sollte über die langfristig zutiefst beunruhigenden Perspektiven der Währungsunion nicht hinwegtäuschen.“³¹ Einige ernst zu nehmende Stimmen sorgen sich sogar schon um das Ende des Euro: „Wenn sich nichts Entscheidendes ändert, lautet die Frage nicht mehr, ob die Kette der Eurostaaten auseinanderbricht, sondern nur noch wann, wie und an welcher Stelle.“³²

„**Europas Schulden weiter gestiegen**“ überschreibt die *Neue Zürcher Zeitung* einen Artikel über die Staatsverschuldung im Euro-Raum und führt aus: „Im Euro-Raum und in der ganzen EU sinken zwar insgesamt die Staatsdefizite, doch ist die Staatsverschuldung weiter gestiegen.“³³ Was nichts anderes heißt, als dass das rasante Tempo der Neuverschuldung zwar leicht zurückgegangen ist, die durch die ständigen neuen Schulden wachsende Altverschuldung jedoch immer weiter ansteigt.

Die nachfolgende Grafik zeigt auf einen Blick, dass die Staatsschulden im Euroraum im Jahr 2013 (bis auf drei Ausnahmen) in insgesamt 24 Ländern im Vergleich zum Jahr 2012 gestiegen sind, in fünf Fällen sogar um zweistellige Prozentpunkte! Daher so ist den kritischen Stimmen beizupflichten, die erkennen: „**Das Kernproblem ist die Staatsverschuldung.**“³⁴ Nicht in der folgenden Darstellung enthalten sind die Nicht-euroländer wie zum Beispiel Norwegen oder die Schweiz, die aktuell Verschuldungsquoten von unter 30 Prozent bzw. unter 40 Prozent aufweisen können, weniger als halb so viel wie Deutschland! Das ist übrigens einer der Gründe, warum der Anteil dieser beiden Währungen im *Schmitz & Partner Defensiv* Fonds zum Jahresende 2013 knapp über 50 Prozent des Fondsvolumens ausmacht.

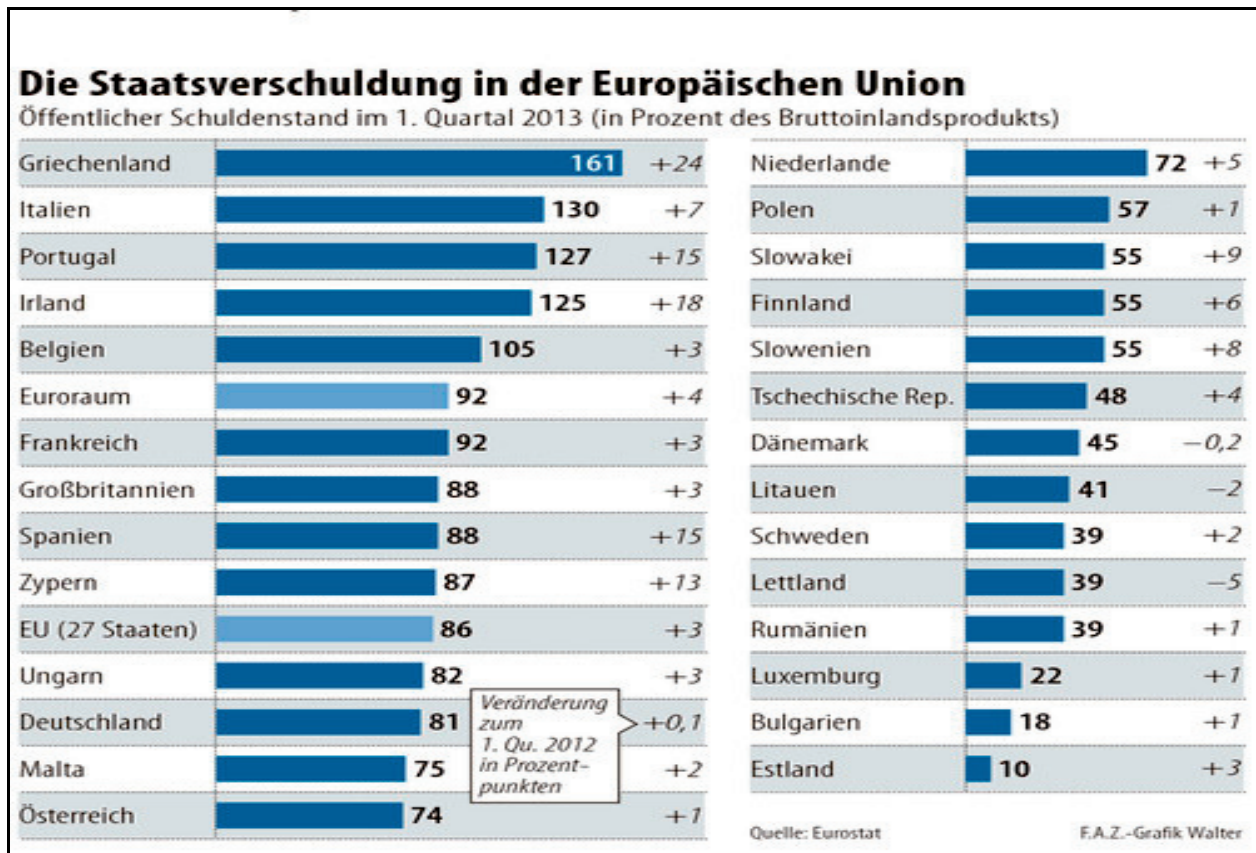
³⁰ *Markus Brunnermeier / Ricardo Reis / Gerald Braunberger* in dem Aufsatz „Ein Crashkurs für die Euro-Krise“ in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. Januar 2014, Seite 12. Brunnermeier ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Princeton University, Reis ist Professor an der Columbia University in New York, Braunberger ist verantwortlicher Redakteur für den Finanzmarkt der F.A.Z.

³¹ *Ulrich van Suntum* in dem Aufsatz „Wege aus der Eurofalle“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 3. Januar 2014, Seite 12; Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* Professor van Suntum lehrt seit 1995 an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und ist Direktor des Centrums für angewandte Wirtschaftsforschung.

³² *Dominik Geppert*: Ein Europa, das es nicht gibt – Die fatale Sprengkraft des Euro, Europa Verlag, Berlin 2013, Seite 160 - 161.

³³ *Neue Zürcher Zeitung* vom 23. April 2013, Seite 25. In dem Artikel wird die kumulierte Brutto-Staatsverschuldung im Euro-Raum mit 90,6 Prozent des Bruttoinlandproduktes angegeben, dem höchsten Wert seit Schaffung der Währungsunion.

³⁴ *Paul Kirchhof* in dem Interview „Wir fahren gegen die Wand“ mit dem *Handelblatt* vom 11. Dezember 2013, Seite 16 - 17, hier Seite 16. Professor Kirchhof hat an der Universität Heidelberg einen Lehrstuhl für Staatsrecht inne und ist Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht. Von 1987 bis 1999 war er Bundesverfassungsrichter.



Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juli 2013, Seite 11

Und so kann man schon Äußerungen vernehmen, dass die „**Staatsverschuldung der Industrieländer untragbar**“³⁵ geworden ist, und dass „**Schuldenschnitte**“ nicht zu vermeiden sind. Der Ausdruck „Schuldenschnitt“ wird explizit in einem Artikel über die griechischen Staatsschulden in dem Zusammenhang erwähnt, dass der griechische Wirtschaftsminister die „... Hoffnungen seiner Regierung bekräftigt, dass es nach der Bundestagswahl [in Deutschland] zu einem abermaligen Schuldenschnitt für sein Land kommt.“ Der Zeitungsartikel endet mit dem bezeichnenden Satz: „Die europäischen Partner gehen fest davon aus, dass Frau Merkel der deutschen Bevölkerung erst nach der Wahl reinen Wein einschenken wird.“³⁶

Zu dem gleichen Ergebnis kommt *Roland Berger* in seinem Essay „Deutschland vor den Wahlen“ in der *Finanz und Wirtschaft*, in dem er *Willem Buiter*, Chefvolkswirt der *Citigroup*, zitiert: „Im Gegensatz zu früheren Krisen gelinge der Schuldenabbau in der Eurozone nicht durch Wachstum. Vielmehr könne Wachstum erst erreicht werden, nachdem die Entschuldung abgeschlossen sei. Dafür brauche es **Schuldenschnitte**, die Einführung von Eurobonds sowie eine Bankenunion. Sonst drohe die Eurozone zu

³⁵ Dies schreibt die *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)* in ihrem am 23. Juni 2013 veröffentlichten Jahresbericht. Die BIZ gilt als Zentralbank der Zentralbanken, ihr gehören 60 Notenbanken an. Das Zitat stammt aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 24. Juni 2013, Seite 17.

³⁶ Die Begriffe „Schuldenschnitt“ bzw. „Schuldenerleichterung“ werden in dem Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 3. Juli 2013 auf Seite 11 gleich mehrfach aufgeführt. Die Ergänzung in eckigen Klammern kommt von *Schmitz & Cie.*



implodieren – mit weit höheren Folgekosten. Auch wenn das heute keiner der Wahlkämpfer offen zugibt: Die Deutschen werden am Ende einen großen Teil der Rechnung begleichen müssen.“³⁷ Und so schreibt die *FINANZWOCH*E in weiser Vorahnung: „Die Mittelmeerländer freuen sich schon auf die Zeit nach der Bundestagswahl (22.09.), wo sie auf einen stärkeren Einfluß linker Kräfte in Deutschland hoffen, die dann ‚Wachstum‘ anstreben, was nichts anderes als Abkehr von der bisherigen Normalisierungspolitik und neue Schulden bedeutet.“³⁸

Schulden, Schulden, immer nur neue Schulden! Bei der Suche nach einer Antwort auf die Frage, warum die Politiker die Schuldenberge immer weiter wachsen lassen, kommt der nachdenkliche Sparer und Anleger an folgenden Überlegungen nicht vorbei: „Der Staat unterhält eine gewaltige Umverteilungsmaschinerie, die Mittel von den Steuerzahlern an Transferempfänger und andere Nutzniesser der Staatsausgaben umverteilt. Letztere wollen immer mehr, und Erstere verteidigen ihren Geldbeutel mit Verve. **Die Lösung des Verteilungskonfliktes liegt stets in der Verschuldung.** Da die Geschädigten, die später die Steuern zur Bedienung der Schulden zahlen müssen, heute noch nicht zur Wahl gehen könne, ist die Verschuldung in den Demokratien der Welt stets der bequeme Ausweg aus dem Verteilungskonflikt.“³⁹

Aber nicht nur auf nationaler, auch auf europäischer Ebene werden Verteilungskonflikte mit immer neuen Schulden gelöst: „Erst verschulden sich die Einzelstaaten über jegliches gesunde Mass hinaus, und dann werden sie durch Hilfskredite der Staatengemeinschaft vor dem Konkurs gerettet. Zunächst wird die Fiktion gepflegt, dass jeder seine Schulden zurückzahlt. Doch kaum sind die Rettungskredite geflossen, kommt im nächsten Schritt die tatsächliche Sozialisierung durch Schuldenerlasse.“⁴⁰

Auch wenn die Schuldenerlasse nicht als solche sofort ersichtlich sind, durch Verlängerung der Kreditlaufzeiten auf 30 Jahre, durch Zinssenkungen weit unter Marktniveau oder gar durch Aussetzen der Zinszahlungen für zehn Jahre verlieren die Gläubiger auf jeden Fall einen Teil ihres gutgläubig (oder sollte man sagen: naiv) verliehenen Geldes an die Staatsschuldner. *Otmar Issing* prophezeit in diesem Zusammenhang: „Vermutlich wird es einen ‚weichen‘ Schuldenerlass geben. Man könnte die Laufzeiten der Kredite verlängern und die Zinsen senken, um Griechenland mehr Zeit zur Konsolidierung zu geben. Das wird teuer für die Gläubiger, die deutschen Steuerzahler eingeschlossen.“⁴¹

³⁷ *Finanz und Wirtschaft* vom 22. Juni 2013, Seite 3. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* Berger stellt in seinem Aufsatz fest, dass die Eurokrise im deutschen Wahlkampf kaum eine Rolle spielt, vermutet aber, „... dass hinter den Kulissen eifrig an einer Lösung gearbeitet wird. Und nach den Wahlen wird so manch schmerzhaft Entscheidung fallen – unabhängig davon, welches politische Lager die neue Regierung stellen wird.“

³⁸ *FINANZWOCH*E vom 4. Juli 2013, Seite 2.

³⁹ *Hans-Werner Sinn* in dem Artikel „Ein Lob der Schuldenobergrenze“, *Finanz und Wirtschaft* vom 26. Oktober 2013, Seite 3. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.*

⁴⁰ Siehe vorherige Fußnote. Sinn beziffert den Barwert des Schuldenerlass allein für Griechenland durch die europäische Staatengemeinschaft auf 47 Milliarden Euro. Besonders die negativen Anreizsysteme beklagt der Autor: „Statt die Lasten der Ausgabenkürzung oder der Steuererhöhung selbst zu tragen, weicht man auf die Verschuldung aus, weil man weiss, dass man sich so eines Teils der Lasten für immer entledigen kann.“

⁴¹ *Otmar Issing* im Interview mit der *Rheinischen Post*, 3. Oktober 2013, Seite B 1. Prof. Dr. Issing war Lehrstuhlinhaber an den Universitäten Nürnberg und Würzburg, Chefvolkswirt der Deutschen Bundesbank und der Euro-

Diese Wahrheiten will man in der deutschen Politik aber lieber so lange wie möglich unter den Teppich kehren. Skeptische Einzelstimmen unter den Politikern werden einfach mundtot gemacht: „Die CDU hat Kritiker am Euro-Rettungskurs in der Unionsfraktion im Bundestag kaltgestellt.“⁴² Da fragt man sich als aufmerksamer Beobachter der deutschen Medienlandschaft: Wie lange wollen sich die Bürger das noch gefallen lassen? Wo bleibt der „Wutbürger“? Tobt der sich immer noch an regional stark begrenzten Themen wie dem unterirdischen Stuttgarter Bahnhof aus? Denn die Gefahren gehen weit über den finanziellen Aspekt hinaus: „Wenn unsere Kinder und Enkel die Rechnungen nicht nur des eigenen Landes, sondern auch die anderer Staaten begleichen müssen, überdehnen wir unsere Wirtschaftskräfte und **gefährden unsere Demokratie**.“⁴³

Eine der sinnvollen Ausweichmöglichkeiten aus der aufgezeigten Euro- und Staatsschuldenproblematik ist eine Investition in ausgesuchte Aktien und Aktienfonds – eine zusätzliche Alternative ist der Kauf von Gold. Im folgenden Kapitel zeigen wir Ihnen Gründe hierfür auf.

4.3 Gold

Eines der bemerkenswertesten Ereignisse im zweiten Quartal 2013 war **der stärkste Einbruch des Goldpreises seit 30 Jahren**, der mit riesigen Terminmarktverkäufen (und nicht mit physischen Verkäufen!) am 12. April als Auslöser seinen Anfang nahm.⁴⁴ Nahezu die gesamte Jahresproduktion von Gold wurde innerhalb weniger Tage an den Terminmärkten verkauft. Wer waren die Initiatoren dieser gewollten Verkaufssorgie? Sollten damit die privaten Spekulanten aus dem Markt getrieben werden? Stecken möglicherweise die Politik und die Notenbanken dahinter? „Gold wird als Anlage letztlich nur gehalten, weil man von einem steigenden Preis ausgeht ... Gold wird somit uninteressanter, wenn sein Preis beziehungsweise seine Preiserwartung fällt. ... Der Mechanismus bei den Goldinterventionen ist nun genau darauf ausgerichtet: Der Anleger soll frustriert werden, der Interessent andere Anlagen interessanter finden. Dies wird durch normale Verkäufe am Terminmarkt erreicht, ... Die Wirkung wird verstärkt, indem durch die Schockartigkeit der Bewegung Anleger und Interessenten abgeschreckt werden. Dies geschieht durch die Einleitung plötzlicher und extrem schneller Abwärtsbewegungen über massive Verkäufe am Terminmarkt.“⁴⁵

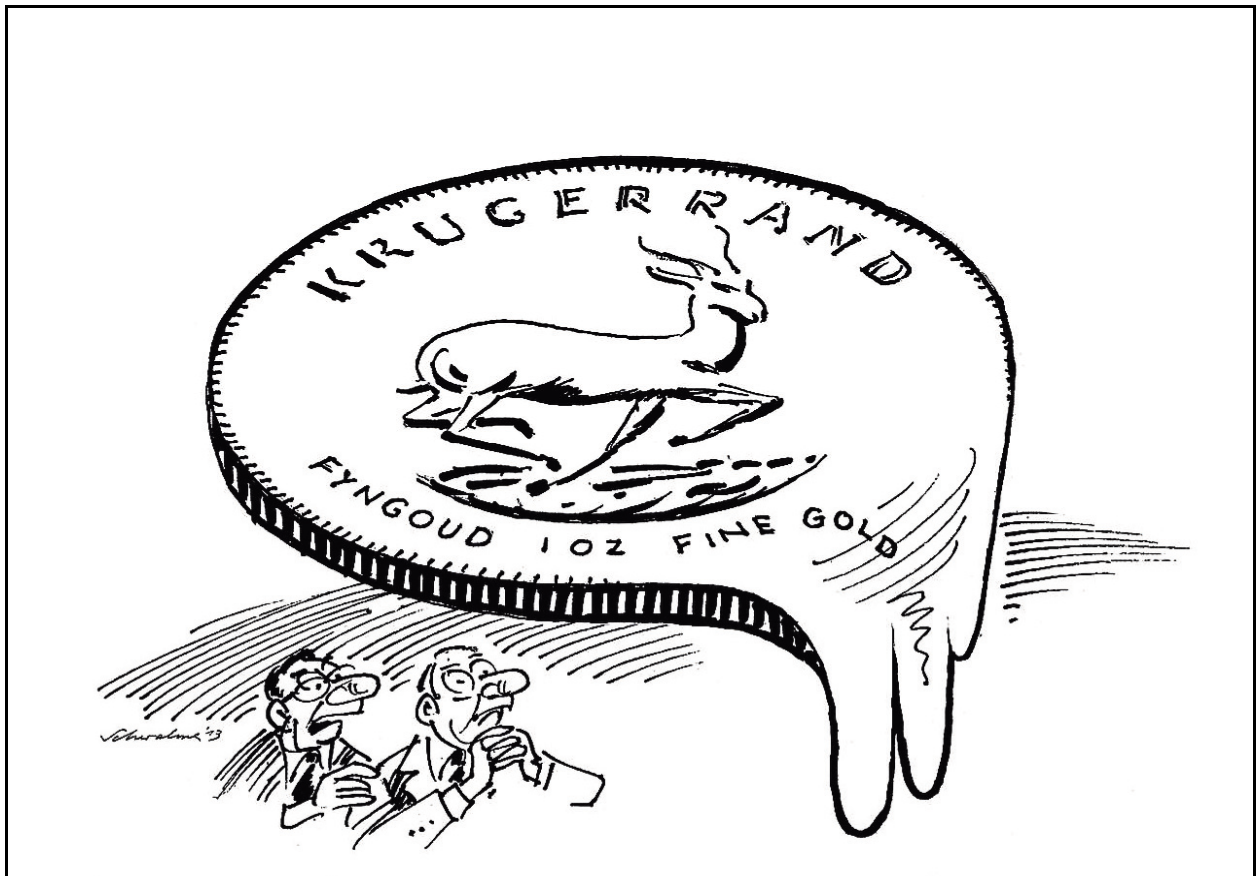
päischen Zentralbank und ist jetzt Präsident des *Center for Financial Studies* an der Universität Frankfurt. Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.*

⁴² *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. Dezember 2013, Seite 19. Der Artikel mit der Überschrift „CDU straft Eurokritiker im Bundestag ab“ berichtet über drei Abgeordnete, die ihre Sitze in wichtigen Ausschüssen verloren haben. Die Weisung dazu sei von *Volker Kauder*, Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gekommen, der angeordnet habe, dass nur noch solche Abgeordnete in das einflussreiche Gremium des Haushaltsausschusses kommen sollen, die die Euro-Politik der Bundeskanzlerin mittragen.

⁴³ *Dominik Geppert*: *Ein Europa, das es nicht gibt – Die fatale Sprengkraft des Euro*, Europa Verlag, Berlin 2013, Seite 142.

⁴⁴ *Die WirtschaftsWoche* spricht in ihrer Ausgabe vom 1. Juli 2013 auf Seite 92 sogar davon, dass es „... der stärkste Einbruch innerhalb eines Quartals seit 1920“ war.

⁴⁵ *Dimitri Speck*: „Geheime Goldpolitik – Warum Zentralbanken den Goldpreis steuern“, FinanzBuch Verlag, München 2010, 2. aktualisierte Auflage, Seite 109.



Quelle: *Handelsblatt* vom 17. April 2013, Seite 35

Nur wenige Tage später erschienen dann allerdings in den Tageszeitungen Überschriften wie **„Zentralbanken kaufen so viel Gold wie zuletzt 1964“**.⁴⁶ Warum wird über den Terminmarkt so massiv Gold verkauft und zur selben Zeit kommt es am Kassamarkt (wo sofort und physisch verfügbares Gold gehandelt wird) zu Lieferengpässen? So teilt zum Beispiel die niederländische Bank *ABN Amro*, eines der größten Finanzhäuser weltweit, in einem Schreiben an ihre Kunden mit, dass ab dem 1. April 2013 die physische Auslieferung für Edelmetalle nicht mehr möglich sei. Das gelte nicht nur für Gold, sondern auch für alle anderen Edelmetalle wie Silber und Platin. Statt der Auslieferung sei ab sofort nur noch ein Ausgleich in (Papier)Geld möglich.⁴⁷

„Mittlerweile ziehen sich viele Marktakteure von dem Edelmetall zurück – institutionelle Investoren wie Privatanleger. Lediglich die Zentralbanken kaufen weiterhin fleißig Gold, ...“⁴⁸ Das sollte zu denken geben! „Insgesamt besitzen die Zentralbanken aktuell 31 671 Tonnen Gold, das ist in etwa ein Fünftel des jemals geschürften Goldes. Besonders zwei Länder haben überproportional große Reserven: 8133 Tonnen hält die Zent-

⁴⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. April 2013, Seite 21.

⁴⁷ Das Originalschreiben der ABN an seine Kunden konnte bis vor kurzem im Internet nachgelesen werden unter: <http://homent.com/abn-gold-delivery-stopp>, jetzt scheint es aus dem Netz genommen worden zu sein. Gibt man unter „Google“ die Stichworte „Auslieferungsstopp Gold ABN“ ein, erkennt man sofort, welche Wellen diese Änderung bei der größten niederländischen Bank geschlagen hat.

⁴⁸ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Juli 2013, Seite 21.

ralbank der Vereinigten Staaten, in Deutschland sind es 2291 Tonnen, das entspricht den zweitgrößten Vorräten.“⁴⁹

Und warum kommt der weltweit zweitgrößte Goldeigentümer Deutschland nach Jahrzehnten, in denen das Gold der Deutschen Bundesbank mehrheitlich im Ausland⁵⁰ und hier insbesondere in den USA gelagert wurde, ausgerechnet jetzt auf die Idee, zukünftig einen Großteil des deutschen Goldes doch lieber in eigenen Tresoren haben zu wollen?

Hängt dies möglicherweise damit zusammen, dass sich Politik und Notenbanken auf eine Zeit vorbereiten wollen, in denen das Vertrauen der Bürger in das Papiergeld soweit geschwunden ist, dass es nur noch durch eine **neue (Welt)Währung** – vielleicht mit dem netten Namen „Globo“ – wiederherzustellen ist? Und dass diese neue Währung zur besseren Akzeptanz unter allen Wirtschaftsteilnehmern zumindest **teilweise wieder goldgedeckt** sein wird? Und dass genau dafür schon heute versucht wird, so viel Gold wie nur möglich von den privaten Investoren zu bekommen, die durch die Kursrückgänge am Goldmarkt verschreckt und verunsichert sind und Verleiderverkäufe tätigen? Denn: „Ein globales Währungssystem, oder wie man es heute nennt, eine neue Finanzarchitektur wiederherzustellen, ist ohne Gold nicht nur schwierig, sondern unmöglich.“⁵¹

Dieser gerade dargelegte Gedankengang, zusammen mit der Staatsschulden- und der Eurokrise, die ja beide keinesfalls gelöst, sondern im Gegenteil immer dramatischer werden, lässt Gold für *Schmitz & Cie.* zwingend notwendiger Bestandteil im *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds sein. „So gesehen ist Gold auch heute unverzichtbar: Gold ist eine erprobte Versicherung des Portfolios gegen den Missbrauch mit der elektronischen Notenpresse – eine Versicherung, die angesichts der schieren Größe des möglichen Versicherungs- bzw. Schadenfalls mehr als geboten erscheint.“⁵²

Zur Jahresmitte 2013 haben wir somit die bereits im Januar 2013 in unserem „*Investmentfonds-Bericht*“ dargestellte Möglichkeit der Goldpreisentwicklung erlebt und haben unser damals beschriebenes Vorhaben auch konsequent umgesetzt; wir schrieben damals: „Anleger, die dem inflationierten Papiergeld nicht mehr über den Weg trauen, und Teile ihres Vermögens in die nicht beliebig vermehrbaren Edelmetalle Gold und Silber investieren möchten, sind im *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds bestens aufgehoben, der seit vier Jahren erfolgreich als die beiden größten Positionen des Fondsver-

⁴⁹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. April 2013, Seite 21.

⁵⁰ „Insgesamt kann man (mit einer Genauigkeit von etwa 5 Prozentpunkten) folgern, dass das Gold der Bundesbank zu ca. 66 Prozent in New York, 21 Prozent in London, 8 Prozent in Paris und 5 Prozent im Inland (Frankfurt und Mainz) lagert.“ Zitiert aus dem Buch „Geheime Goldpolitik – Warum Zentralbanken den Goldpreis steuern“ von *Dimitri Speck*, FinanzBuch Verlag, München 2010, 2. aktualisierte Auflage, Seite 86. *David Marsh*, viele Jahre lang Korrespondent der *Financial Times* in Deutschland, schätzt in seinem Buch „The Bundesbank: The Bank That Rules Europe“, William Heinemann Ltd., London 1992, Seite 61 - 62, den in Deutschland lagernden Teil des deutschen Goldes sogar nur auf etwas über zwei Prozent.

⁵¹ *Ferdinand Lips: Die Goldverschwörung*, Jochen Kopp Verlag, Rottenburg 2006, 7. Auflage April 2006, Seite 233.

⁵² *Degussa Marktreport* vom 5. Juli 2013, Seite 3.

mögens Gold und Silber hält! Sollte der Goldpreis im Verlauf des Jahres 2013 durch Preismanipulation der Notenbanken oder aus anderen Gründe noch einmal deutlich unter die aktuelle Marke von rund 1.600 US-Dollar pro Feinunze sinken (was aus unserer Sicht durchaus vorstellbar wäre), so würden wir von *Schmitz & Partner* diese günstigen Kaufkurse als ein Geschenk ansehen und die entsprechenden Positionen im *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* noch einmal günstig aufstocken.“⁵³

Folgerichtig haben wir deshalb auch in den letzten Junitagen 2013 die Gold- (und auch die Silber)positionen zu Jahrestiefstpreisen – das wussten wir allerdings erst sechs Monate später im Rückblick – im *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* spürbar aufgestockt. Zur Erinnerung: Diese von uns erworbenen Gold- und auch Silberbestände lagern in physischer Form in den Tresoren der *Zürcher Kantonalbank* in der Schweiz, können nicht verliehen werden und sind jederzeit auslieferbar! Und sollte in den nächster Zeit der Goldpreis anhaltend (politisch gewollt?) gedrückt werden, so werden wir unsere Bestände im *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* weiter preisgünstig erhöhen.

4.4 Immobilien

Viele Kapitalanleger sehen im Kauf von Immobilien eine Alternative zu Investitionen in Aktien oder Aktienfonds. Diese Sicht ist falsch und gefährlich zugleich, wie in diesem Kapitel stichpunktartig aufgezeigt werden soll. Die vier wichtigsten Gründe hierfür sind:

- Die Rendite von Immobilienanlagen ist deutlich geringer als von Aktienanlagen
- Immobilienpreise in Deutschland (und in der Schweiz) sind aktuell überbewertet
- Immobilien sind im Vergleich zu Aktien viel zu hoch gewichtet (Klumpenrisiko)
- Immobilien sind deutlich gefährdeter für einmalige Vermögensabgaben als Aktien

Insbesondere in Deutschland glauben zahlreiche Sparer, dass eine Anlage in Immobilien besonders erstrebenswert ist, weil die Immobilienpreise immer nur steigen. Diese Annahme ist falsch.⁵⁴

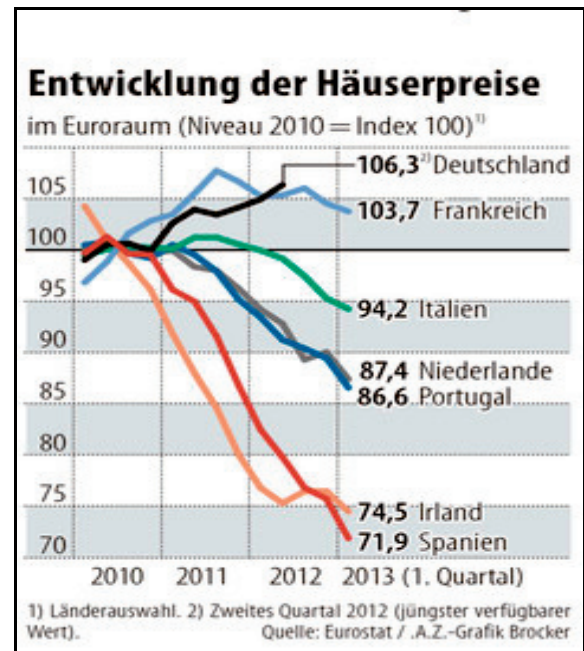
⁵³ *Investmentfonds-Bericht Januar 2013*, Seite 26. Der Bericht kann auf der Homepage der *Schmitz & Cie. GmbH* (www.schmitzundcie.de) unter dem Unterpunkt „Publikationen“ in der Datei 02/2013 nachgelesen werden. Die dort aufgeführten Gedanken über Gold (im Abschnitt 4.2 auf den Seiten 21 - 26) und insbesondere die Überlegungen mit den Stichworten „Wiederentdeckung einer Art von Goldstandard“ (Seite 22) oder auch „Einführung einer goldgedeckten Währung“ (Seite 23) gewinnen im Lichte der momentan starken Kursrückgänge am Goldmarkt möglicherweise eine neue Aktualität.

⁵⁴ *Karl-Georg Lortz* schreibt in seinem lesenswerten Buch: *Der Weg des Geldes der Anleger*, Finanzwelt Verlag 2013, auf Seite 111 über „die große Illusion vieler Deutscher ..., Immobilien seien grundsätzlich sichere Anlagen.“ Prof. Dr. Lortz ist Inhaber eines Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Steuer- und Arbeitsrecht und Leiter der Forschungsstelle für deutsches und internationales Unternehmenssteuerrecht und Kapitalanlagerecht an der Universität Bayreuth.

Man denke in diesem Zusammenhang auch an die katastrophale Wertentwicklung von offenen Immobilienfonds in den letzten Jahren. Diejenigen Fonds, deren Rücknahme nicht ausgesetzt ist, verzeichnen in der Regel Wertverluste im zweistelligen Prozentbereich.



Wie man in der rechten Grafik auf den ersten Blick erkennen kann, sind die Häuserpreise in einigen Ländern des Euroraumes in den letzten drei Jahren deutlich gefallen. Aber nicht nur in den Krisenländern Italien, Portugal, Irland oder Spanien sind die Immobilienpreise teilweise dramatisch abgestürzt (die rote Linie für Spanien zeigt einen Crash der Häuserpreise in nur drei Jahren von fast 30 Prozent!). Auch in Ländern, die sich mit Deutschland oder der Schweiz wirtschaftlich durchaus vergleichen können, wie zum Beispiel die Niederlande (dunkelgraue Linie in der Grafik), haben die Immobilienpreise allein in den letzten zwei Jahren um 13 Prozent nachgegeben.



Quelle: F.A.Z. vom 12. Juli 2013, Seite 13

„Immobilienpreise steigen und fallen. Und auf lange Sicht, so hat uns die Erfahrung gelehrt, ist das Wachstum in diesem Markt nicht größer als im Rest der Wirtschaft, sofern man die Inflation miteinrechnet. Das ergibt durchaus Sinn, wenn man einmal darüber nachdenkt, denn aus welchem Grund sollte der Immobilienmarkt auch schneller wachsen?“⁵⁵ Das Fazit ist daher einfach: „Auf lange Sicht und in der Summe sprechen die Fakten eine deutliche Sprache. **Um langfristig mit Investitionen Geld zu verdienen, sind Aktien ... immer noch der beste Weg.**“⁵⁶

In einer Studie in den USA wurde über einen Zeitraum von über einhundert Jahren für sechs verschiedene Inflations- bzw. Deflationsszenarien und vier unterschiedliche Anlageformen (Immobilien, Aktien, festverzinsliche Wertpapiere und Gold) die jährlichen realen Renditen analysiert.⁵⁷ In fünf von sechs Szenarien gehört die Immobilienanlage zu den beiden schlechtesten Anlagen und in allen sechs Fallunterscheidungen **liegt die mit Immobilien erzielte Realrendite nur knapp über Null.**

Zu vergleichbaren Ergebnissen kommt eine Untersuchung für Deutschland und die Schweiz, die für die letzten 40 Jahre im geometrischen Durchschnitt eine reale Rendite für Immobilieninvestments von 0,0 Prozent (Deutschland) bzw. 0,4 Prozent (Schweiz) ermittelt hat.⁵⁸ Diese Fakten führen deutlich vor Augen, wie groß der Unterschied zwi-

⁵⁵ John Lanchester: Warum jeder jedem etwas schuldet und keiner jemals etwas zurückzahlt – Die bizarre Geschichte der Finanzen, 2. Auflage, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2013, Seite 126. Lanchester gehört zu den bedeutendsten Schriftstellern und führenden Intellektuellen Englands.

⁵⁶ Siehe vorherige Fußnote. Hervorhebung durch Schmitz & Cie.

⁵⁷ Vgl. hierzu die Ausführungen und auch die eindrucksvolle Grafik, die die deutliche Überlegenheit von Aktien gegenüber Immobilien wiedergibt, im *Investmentfonds-Bericht Januar 2013* auf den Seiten 37 - 38. Der Bericht ist nachzulesen unter www.schmitzundcie.de unter der Rubrik „Publikationen“.

⁵⁸ Vgl. Gerd Kommer: Kaufen oder mieten? – Wie Sie für sich die richtige Entscheidung treffen, Campus Verlag, Frankfurt 2010, Seite 217 - 218. Den Einwand vieler Immobilienkäufer, dass die von ihnen gekaufte Immobilie



schen der oft emotional gefühlten und vom Bauch gelenkten Wahrnehmung (Immobilien sind eine tolle Anlageform) und der rationalen und vom Kopf gesteuerten Betrachtung der wirklichen Rendite ist (Realverzinsung nahe Null)!⁵⁹

Der zweite stichpunktartig aufgeführte Grund, der gegen eine Immobilienanlage spricht, ist die aktuell drohende **Überbewertung der Immobilienpreise** in Deutschland – und auch in der Schweiz. So titelt zum Beispiel das *Handelsblatt*: „Alarm der Bundesbank – In Großstädten sind Wohnungen um bis zu 20 Prozent überbewertet“⁶⁰. Die *Deutsche Bundesbank* sieht in ihrer ausführlichen Untersuchung „Befürchtungen hinsichtlich eines breit angelegten Immobilienpreisbooms aufkommen“⁶¹ und schreibt davon, dass mögliche Preiskorrekturen „empfindliche Vermögensverluste bei den Haushalten verursachen“ könnten.⁶² In der Schweiz steigen seit einigen Jahren die Immobilienpreise schneller als die verfügbaren Haushaltseinkommen. Damit „werde langfristig ein enormes Gefahrenpotenzial aufgebaut“.⁶³

Auch das *Rheinisch-Westfälische Institut (RWI)* warnt vor Immobilienpreisblasen in einigen Regionen in Deutschland und schreibt von „deutlichen Anzeichen eines explosiven Preisprozesses“ und sieht „Hinweise auf übersteigerte Preise“.⁶⁴ Diplomatisch und vorsichtig äußert sich *Otmar Issing*: „Am Immobilienmarkt kann es beispielsweise zu einer Überhitzung kommen. Das ist langfristig eine fast schon zwangsläufige Folge extrem niedriger Zinsen.“⁶⁵ Andere Stimmen drücken die wachsenden Gefahren auf dem Immobilienmarkt drastischer aus: „Die eigentlichen finanziellen Massenvernichtungswaffen sind Immobilien.“⁶⁶

in der Wertentwicklung besser als der angegebene Durchschnitt sei, kontert Kommer auf Seite 32: „Für jede überdurchschnittliche Immobilie muss es eine unterdurchschnittliche geben, also eine Wertsteigerungsrate, die noch schlechter als die hier ausgewiesenen.“ Der Autor zeigt in seinem Buch gut nachvollziehbar auf, warum er bereits in der Einleitung bei dem Vergleich „Kaufen oder mieten?“ zu dem Schluss kommt: „In erstaunlich vielen Fällen wird Mieten die wirtschaftlichere Alternative sein.“ (Seite 10)

⁵⁹ Der bekannte Finanzanalytiker *Volker Looman* schreibt zu dieser Thematik in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. Januar 2014 auf Seite 23: „Die Entscheidung für oder gegen das Eigenheim wird, das ist eine alte Geschichte, nicht im Kopf, sondern im Bauch, auf dem Kinderspielplatz oder im Verein getroffen. Das eigene Dach über dem Kopf ist ein menschliches Urbedürfnis. Da interessiert weder die Rendite des Eigenheims noch die Verzinsung alternativer Sparverträge. Gespräche unter Frauen auf dem Kinderspielplatz drehen sich weniger um die Frage, wann der deutsche Aktienindex über 10 000 Punkte springen wird, sondern eher um die Überlegung, warum die eine Familie schon im Eigenheim lebt und die andere Familie noch zur Miete wohnt.“

⁶⁰ *Handelsblatt* vom 22. Oktober 2013, Seite 1. Auf den Seiten 4 und 5 wird das Titelthema weiter ausgeführt mit der Überschrift: „Der Boom wird langsam unheimlich – Droht Deutschland eine Immobilienblase wie in den USA oder in Spanien?“ (Seite 4)

⁶¹ *Deutsche Bundesbank*, Monatsbericht Oktober 2013: „Die Preissteigerungen bei Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010: Einflussfaktoren und regionale Abhängigkeiten“, Seite 13 - 30, hier Seite 15. In einer anderen Publikation (*Deutsche Bundesbank*, Finanzstabilitätsbericht 2013, Seite 17) erläutert und begründet die Bundesbank ihre Sorgen: „Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass ein schuldenfinanzierter Immobilienboom eines der schwerwiegendsten Risiken für die Finanzstabilität darstellt.“

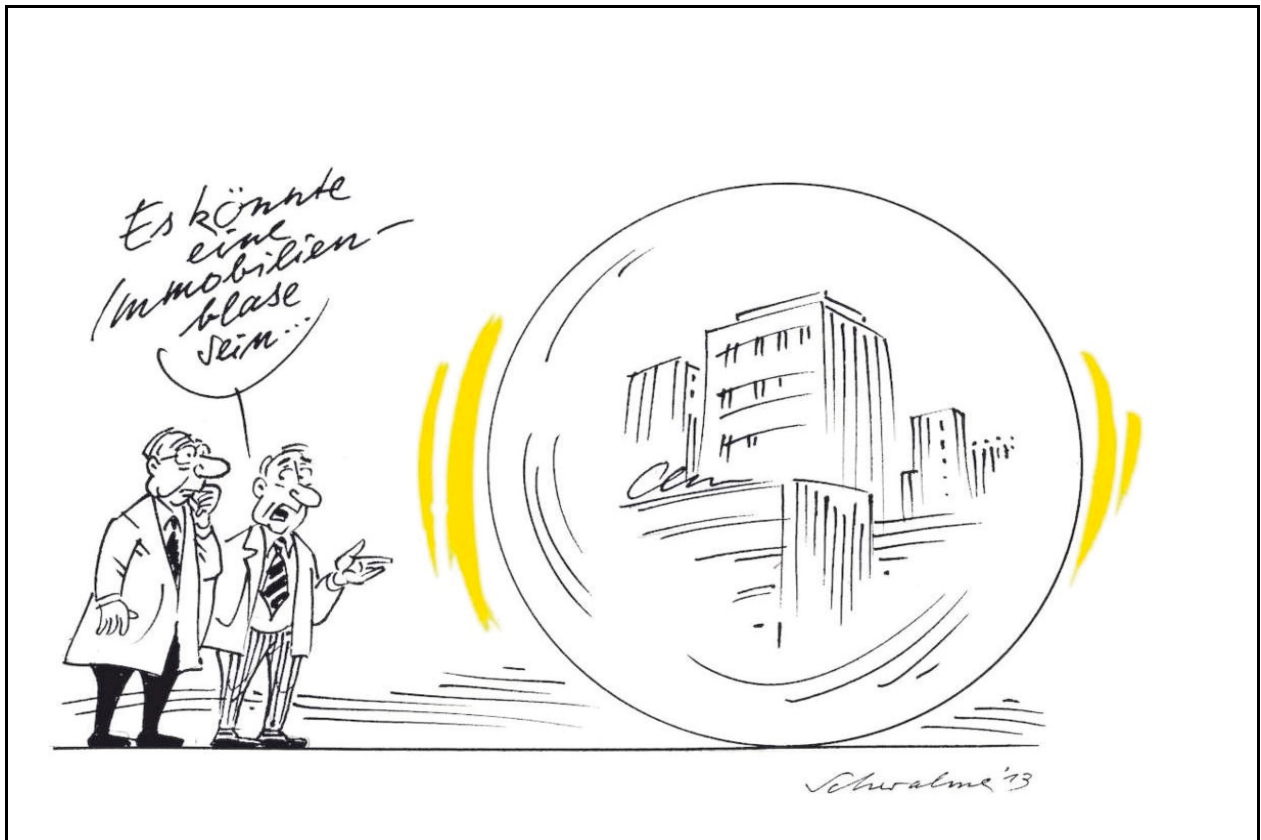
⁶² *Deutsche Bundesbank*, Monatsbericht Oktober 2013, Seite 13.

⁶³ *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. Januar 2014, Seite 20.

⁶⁴ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. Januar 2014, Seite 21. Die Zeitung zitiert aus einer am 16. Januar 2014 veröffentlichten Studie. Für die Untersuchung wurden von den Forschern des RWI Datenmaterial für den Zeitraum von Januar 2007 bis Dezember 2013 ausgewertet.

⁶⁵ *Otmar Issing* in einem Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 29. Oktober 2013, Seite 25.

⁶⁶ *Mark Schieritz*: Die Inflationslüge – Wie uns die Angst ums Geld ruiniert und wer daran verdient, Knauer Verlag, München 2013, Seite 121. Schieritz ist wirtschaftspolitischer Korrespondent der *Zeit* in Berlin.



Quelle: *Handelsblatt* vom 22. Oktober 2013, Seite 21

Der dritte gegen eine Immobilienanlage sprechende Punkt ist die völlig überdimensionierte Kapitalanhäufung des privaten Vermögens im Immobilienbereich im Vergleich zur Aktienanlage. In Deutschland beläuft sich das gesamte Privatvermögen auf 10.000 Milliarden Euro. Rund 50 Prozent davon sind in Immobilien, aber nur gut zwei Prozent in Aktien investiert!

Damit sind wir beim vierten Punkt. Denn diese übermäßige Anhäufung von Immobilienvermögen wird die Politiker auf den Plan rufen und – wie schon mehrmals in der Geschichte – Immobilieneigentümer mit einer Lastenausgleichsabgabe zur Kasse bitten. Die Voraussetzungen hierzu wurden im Sommer 2011 im Rahmen einer Volkszählung in Deutschland eingeleitet: „Zehn Prozent der Gesamtbevölkerung, also acht Millionen zufällig ausgewählte Menschen, wurden im Rahmen der Haushaltsbefragung zu Erwerbstätigkeit, Bildung und Migrationshintergrund befragt. Aber *alle* 17,5 Eigentümer von Häusern und Wohnungen *mussten* Auskunft über ihr Eigentum geben.“⁶⁷ Diese für alle Bürger nur stichpunktartig, für alle Immobilieneigentümer aber vollständig durchgeführte Volkszählung hat einen Vorgeschmack auf die Pläne der Politik erkennen lassen, denn eine komplette Inventarliste aller Immobilien in Deutschland hat man sicherlich

⁶⁷ Michael Grandt: *Der Euro-Crash kommt – Wie Sie als Anleger sicher durch die Krise kommen*, Kopp Verlag, Rottenburg 2012, Seite 206. Der Autor konkretisiert den Zwang für alle Immobilieneigentümer auf Seite 207: „Per *Zwangsgesetz* forderte deshalb das Statistische Bundesamt die Daten aller 17,5 Millionen Haus- und Wohnungseigentümer ein. Hier waren alle auskunftspflichtig, ohne Ausnahme.“

nicht für die nächste Eigenheimzulage erstellen lassen – aber für eine einmalige Vermögensabgabe auf Immobilien ist sie unabdingbar!

Deshalb unser dringender Rat an Sie, für den Fall, dass Sie neben Ihrer selbst genutzten Immobilie noch andere (vermietete) Immobilien in Ihrem Eigentum haben: **Nutzen Sie die derzeit hohen Immobilienpreise zum Verkauf** und reichen Sie das brennende Streichholz an weniger gut informierte Dritte weiter, bevor Sie sich selbst die Finger daran verbrennen!

4.5 Schleichende Enteignung durch negative Realzinsen

Im Zusammenhang mit dem Stichwort „Finanzielle Unterdrückung“ kann eine schleichende Enteignung der Anleger in Sparguthaben und Staatsanleihen bereits seit dem Jahr 2011 beobachtet werden. Durch direkte und indirekte Markteingriffe von Regierungen und „unabhängigen“ Notenbanken auf den Geld- und Kapitalmärkten werden zum einen die **Zinssätze unter die Inflationsrate manipuliert** und zum anderen wird noch **zusätzlich ein höheres Inflationsniveau** angestrebt. Das sorgt für negative Realzinsen und führt zu der gewünschten realen (nicht jedoch nominalen) Entwertung der Staatsschulden, aber auch zu einer Vernichtung von realer Kaufkraft beim Sparer. Mit anderen Worten: Mit einer Anlage in Festgeld oder scheinbar sicheren Staatsanleihen verliert der Sparer mit Sicherheit Geld – auch wenn er es sich selbst nicht eingestehen will!

Neben manipulativ gedrückten Zinssätzen gehören zu einer „erfolgreichen“ finanziellen Unterdrückung von staatlicher Seite auch zu niedrig ausgewiesene Inflationsraten. Mit welchen (nicht nur statistischen) Tricks die Politiker hier arbeiten, haben wir Ihnen im *Investmentfonds-Bericht Januar 2012* auf den Seiten 20 - 26 ausführlich dargelegt.⁶⁸ Von den meisten Anlegern werden diese Zusammenhänge nicht erkannt, von einigen Fachleuten um so eher: „Inflation ist eine große Umverteilungsmaschine, die die reale Schuldenlast zugunsten von Kreditnehmern senkt und das Vermögen der Gläubiger entwertet. Davon profitieren die Regierungen mit hohen Schulden.“⁶⁹ Und schon *Ludwig Erhard* wusste den wahren Grund für Inflation richtig einzuordnen: „Die **Inflation** kommt nicht über uns als Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie **wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen.**“⁷⁰

⁶⁸ Sie können den Bericht auf unserer Homepage www.schmitzundcie.de unter „Publikationen“ nachlesen. Gut nachvollziehbar ist auch die Argumentation in der Titelstory „Die Inflationslüge“ in *FOCUS-MONEY* vom 20. November 2013, Seite 32 - 38, mit der aufschlussreichen Überschrift auf Seite 33: „Die offizielle Inflationsrate stimmt hinten und vorne nicht. Warum Politik, Banken und Wissenschaft Nebelkerzen werfen – und wie sich Anleger schützen“.

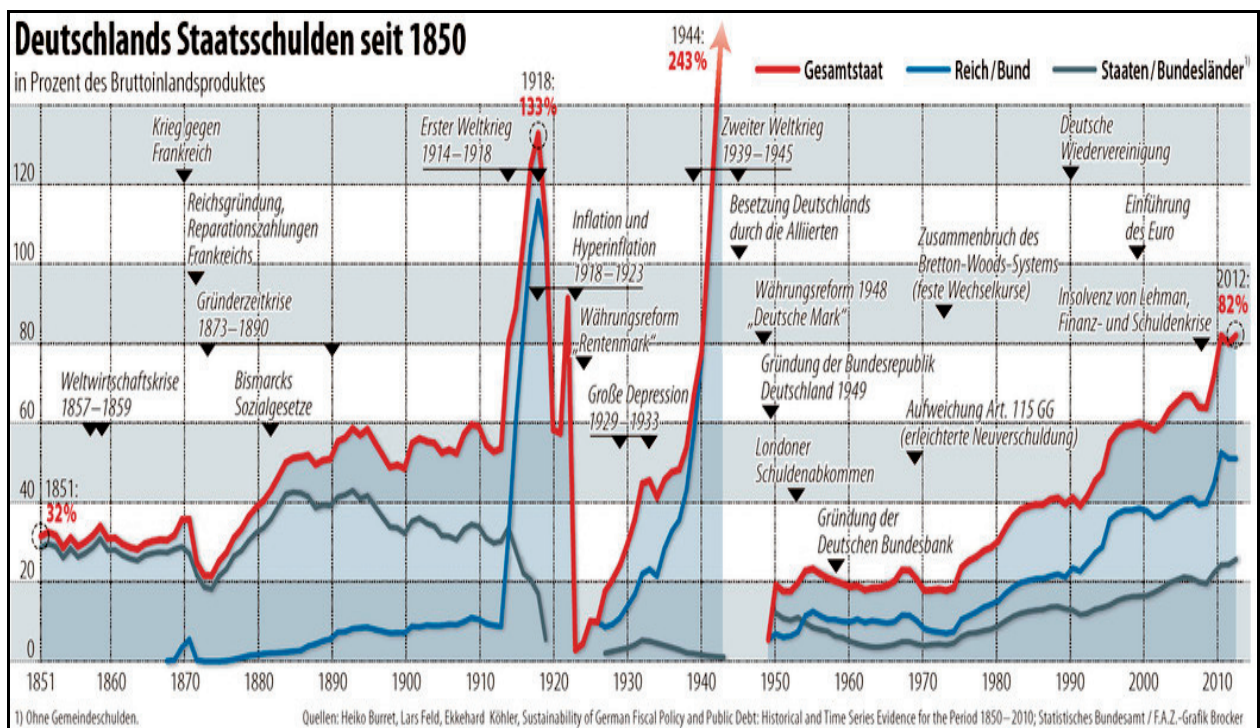
⁶⁹ *Thomas Sargent* in einem Interview mit der *WirtschaftsWoche* vom 18. November 2013, Seite 28. Sargent ist Professor of Economics and Business an der New York University und wurde 2011 mit dem Preis für Wirtschaftswissenschaften der schwedischen Reichsbank im Gedenken an Alfred Nobel ausgezeichnet.

⁷⁰ Entnommen aus dem 12. Kapitel (Versorgungsstaat – der moderne Wahn) seines Buches: *Wohlstand für alle*, Econ-Verlag, Düsseldorf 1957, Seite 256 - 274. Ehrhard war 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft und von 1963 bis 1966 zweiter Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.



Und um die Anleger über das angepeilte höhere Inflationsziel möglichst lange im Unklaren zu lassen, werden die veröffentlichten Inflationszahlen systematisch geschönt und zu tief dargestellt: „Die oftmals politisch gewollte mässige Inflation wird zumeist verharmlost.“⁷¹ Noch können alle an einer niedrig ausgewiesenen Inflation interessierte Kreise – wie zum Beispiel die Politik – frohlocken, noch steckt die Inflation nur in der Pipeline und für die breite Bevölkerung nicht sichtbar, aber: „Inflationen werden nicht mit der Glocke eingeläutet: Geldillusion und die Trägheit wirtschaftlicher Anpassungsprozesse wirken einem raschen Preisanstieg zunächst entgegen. Politiker und Zentralbanker können dann sagen: ‚Noch nichts passiert‘ oder ‚Noch nicht viel passiert‘, aber wenn dieser Prozess einmal in Gang gekommen ist, wird sich der inflatorische Prozess von selbst beschleunigen, weil die Inflationserwartung die Umlaufgeschwindigkeit treibt und der Außenwert der inflationierten Währung noch schneller verfällt als der Binnenwert.“⁷² Das ganze erinnert fatal an den alten Witz von dem Mann, der aus dem 50. Stock eines Hochhauses in die Tiefe springt und in Höhe des 20. Stockwerks denkt: „Bis jetzt ist ja noch alles gut gegangen.“

In der Vergangenheit konnte die schleichende Enteignung der Sparer durch finanzielle Repression schon mehrfach durch die Politik erfolgreich umgesetzt werden. Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung von Staatsschulden in Deutschland über einen Zeitraum von 160 Jahren auf:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. Mai 2013, Seite 20

⁷¹ Michael Rasch / Michael Ferber: Die heimliche Enteignung. So schützen Sie Ihr Geld vor Politikern und Bankern, Finanzbuch Verlag, München 2012, Seite 209.

⁷² Joachim Starbatty: Tatort Euro – Bürger, schützt das Recht, die Demokratie und euer Vermögen, Europa Verlag, Berlin 2013, Seite 193. Prof. Dr. Joachim Starbatty ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Tübingen und einem breiten Publikum bekannt durch seine Verfassungsklagen gegen die Einführung des Euro und die Euro-Rettungsprogramme.



Und nicht nur in Deutschland ist es der Politik erfolgreich gelungen, die hohen Schuldenquoten drastisch zu reduzieren, ohne auch nur einen Bruchteil der Staatsschulden wirklich zurückzuzahlen. In einem Artikel in der *WirtschaftsWoche* „Finanzielle Repression – Vermögen verloren“ wird dargestellt, dass der Staatsschuldenabbau in der Phase von 1940 bis 1979 durch finanzielle Unterdrückung hervorragend funktioniert hat: „Nahzu überall in der freien Welt haben Anleger mit Anleihen und Geldmarktpapieren real Vermögen verloren und so zum Schuldenabbau beigetragen.“⁷³ In der Untersuchung der Renditen von Anleihen, Geldmarktpapieren und Aktien nach Abzug der Inflation in fünf Ländern über vier verschiedene Zeitspannen im 20. Jahrhundert wird deutlich, dass nur die Aktienanlage den realen Vermögensverlust vermeiden und die Kaufkraft erhalten konnte!

Anscheinend sind die Politiker jedoch in letzter Zeit zu der Überzeugung gekommen, dass es nicht reicht, nur die Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie die Inflationsraten nach unten zu manipulieren, um die reale Schuldenquote zu drücken. „Eine neue Methode zur Berechnung des Bruttoinlandsprodukts wird das BIP einiger Eurozonen-Länder um bis zu 5 Prozentpunkte steigen lassen. Umgekehrt werden ihre statistischen Staatsschuldenquoten dadurch sinken.“⁷⁴

Neuberechnung lässt BIP steigen und Schuldenquote sinken				
Eurostaaten (Auswahl)	Anstieg des BIP-Niveaus in Prozent	Schulden in Prozent des BIP ¹⁾		
		bisher	neu berechnet	
Finnland	4–5	58,9	56,1–56,7	
Niederlande	3–4	75,2	72,3–73,0	
Österreich	3–4	75,2	72,3–73,0	
Deutschland	2–3	79,7	77,4–78,2	
Frankreich	2–3	93,8	91,1–92,0	
Italien	1–2	133,6	131,0–132,3	
Spanien	1–2	94,6	92,8–93,7	
Portugal	1–2	129,2	126,7–127,9	
Irland	1–2	126,9	124,5–125,7	
Euroraum	2,4	96,3	94,0	

1) Schätzung der Staatsschuldenquote 2013. Quellen: Société Générale; Europäische Kommission / F.A.Z.-Grafik Brocker

Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Januar 2014, Seite 11

Was wie ein schlechter Witz klingt, wird von September 2014 in der gesamten Europäischen Union als neue Methode der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angewendet. Dazu werden alle volkswirtschaftlichen Statistiken rückwirkend bis in das Jahr 1991 revidiert!⁷⁵

⁷³ *WirtschaftsWoche* vom 4. Juni 2012, Seite 137.

⁷⁴ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Januar 2014, Seite 11.

⁷⁵ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Januar 2014, Seite 11. Den Vorwurf, dass durch die neue Statistik der Schuldenstand heruntergerechnet wird, weist der Leiter der BIP-Berechnung im deutschen Statistischen Bundesamt, *Norbert Rätth*, als absurd zurück.

4.6 Sofortige Enteignung durch einmalige Vermögensabgaben

Wenn alle die gerade beschriebenen Maßnahmen der schleichenden Enteignung der Sparer nicht mehr ausreicht, um die ständig steigenden Staatsschulden erträglich zu halten, dann werden die Politiker auch zum letztmöglichen Mittel greifen: die sofortige und direkte Enteignung der Anleger!

Daher wird es eine der wichtigsten Aufgaben für Sparer und Vermögensbesitzer in den nächsten Jahren – und vielleicht sogar schon im Jahr 2014 – sein, bei dem geplanten Frontalangriff auf sein Geld in Form einer **einmaligen Vermögensabgabe** durch die Politik bestmöglich auszuweichen. Viele Bürger wollen nicht an eine massive Enteignung durch die von ihnen gewählten Politiker glauben, doch dieser Glaube wird trügen und kann sehr teuer werden! „Denn Sparer werden die Zeche zahlen müssen für eine exzessive Schuldenpolitik. Je aberwitziger die Verpflichtungen werden, die Staaten bedienen müssen, desto dreister werden die Ideen, mit denen die Politik Zugriff auf unser Geld bekommen will.“⁷⁶

Der Grund für diese **Lösung mit der Brechstange**, von Sparern eine einmalige Abgabe zu erheben und damit Staatsschulden zu tilgen, ist der dramatisch gestiegene Schuldenstand in den letzten sechs Jahren seit dem Beginn der akuten Euro- und Staatsschuldenkrise. Haben uns die Politiker und die meisten unkritischen Medien in den vergangenen zwölf Monaten den Eindruck vermitteln wollen, die Krise sei mehr oder weniger bewältigt und das Schlimmste sei überstanden, so sprechen die Fakten eine ganz andere Sprache: Waren die USA, Europa und Japan im Schnitt im Jahr 2007 noch mit 73 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) verschuldet, so sind es aktuell schon 110 Prozent. Und **der Schuldenberg wächst immer weiter, allein in Europa um 100 Millionen Euro – pro Stunde!**⁷⁷

Solange unverantwortliche Politiker nach wie vor über ihre (auch geistigen!) Verhältnisse leben und ständig mehr Geld ausgeben als einnehmen, werden auch die Staatsschulden immer weiter wachsen. *Hans-Werner Sinn* bringt das Problem auf den Punkt, wenn er „die Ignoranz vieler Politiker gegenüber rational fundierten ökonomischen Argumenten“ beklagt und feststellt: „In der Politik sind Interessen und Kräfte im Spiel, die den besten Argumenten oft nicht zugänglich sind.“⁷⁸

Noch helfen die von Politik und Notenbanken nach unten manipulierten niedrigen Zinsen, dass der Schuldendienst für die überschuldeten Staaten bezahlbar ist. Aber was passiert, wenn die Kapitalmarktzinsen steigen und auch nur annähernd wieder ihr Normalniveau erreichen?⁷⁹ Noch sorgt die **finanzielle Unterdrückung der Sparer** mit

⁷⁶ *WirtschaftsWoche* vom 9. Dezember 2013, Seite 32. In dem augenöffnenden Aufsatz „Frontalangriff auf Ihr Geld“ wird auf den Seite 32 - 41 plausibel dargestellt, welche immer neuen Enteignungsinstrumente von der Politik geprüft und sicherlich auch irgendwann umgesetzt werden, um an das Ersparte der Bürger zu gelangen.

⁷⁷ Vgl. zu den Zahlenangaben *WirtschaftsWoche* vom 9. Dezember 2013, Seite 34.

⁷⁸ *Hans-Werner Sinn*: *Verspielt nicht eure Zukunft!*, Redline Verlag, München 2013, Seite 14. Die Gründe für die „Beratungsresistenz der Politik“ stellt der Autor auf den Seiten 15 - 17 ausführlich und gut nachvollziehbar dar.

⁷⁹ Der Schweizer Investmentstratege *Marc Faber* kommt in einem Interview mit der *Finanz und Wirtschaft* vom 26. Oktober 2013 auf Seite 23 zu dem Ergebnis, dass die USA wohl Pleite machen würden, wenn die Renditen

negativen Realzinsen für Kontogelder und spürbaren Kaufkraftverlusten bei den überschuldeten Staaten im Gegenzug für eine kurzzeitige Entlastung bei der realen Schuldenlast (die nominale Schuldenlast bleibt natürlich gleich hoch). Aber diese von der Politik gewollte **schleichende Enteignung der Sparer** wird nicht ausreichen, nachhaltig von den zu hohen Staatsschulden herunter zu kommen. Der Griff des Staates in die Taschen der Anleger muss und wird drastischer ausfallen.

Und so mehren sich immer mehr die Stimmen derer, die statt einer schleichenden Enteignung eine **schnelle und direkte Enteignung der Sparer** mittels einer Vermögensabgabe beschließen wollen. Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* (DIW) hat bereits im Sommer 2012 eine 10-Prozent-Abgabe auf Vermögen im Euroraum angeregt. Allein in Deutschland würde eine einmalige Besteuerung aller privaten Vermögen oberhalb von 250.000 Euro etwa 230 Milliarden Euro in die Staatskasse bringen. Und auch im Wahlprogramm der *Grünen* zur deutschen Bundestagswahl am 22. September 2013 stand eine über zehn Jahre verteilte, insgesamt 15 prozentige Vermögensabgabe als Gesetzesentwurf.⁸⁰

Jetzt hat der *Internationale Währungsfonds* (IWF) in seinem Fiskalbericht von Oktober 2013 nachgelegt: Angesichts der historisch hohen Staatsverschuldung schlägt der IWF auf Seite 49 des knapp 100 Seiten starken Berichtes eine Vermögensabgabe in Höhe von zehn Prozent in allen Euro-Ländern vor. Der Report ist mit „Taxing Times“ überschrieben, was doppeldeutig sowohl für „schwierige Zeiten“ als auch für „Zeit für neue Steuern“ stehen kann. Die wichtigste Begründung für diese Sondersteuer liegt für den IWF darin, mit der Sonderabgabe die Schuldenstände wieder auf den Stand des Jahres 2007 zu drücken.⁸¹ Die Stoßrichtung wird damit klar: **„Die Sparer sollen ihren Beitrag dazu leisten, die überbordenden Staatsschulden abzutragen.“**⁸² Und was wir in diesem Zusammenhang niemals vergessen dürfen: „Ein Staat, der vor dem Bankrott steht, wird alles tun, um an das Privatvermögen seiner Bürger zu kommen und die Staatsschulden zu verringern.“⁸³

für zehnjährige Staatsanleihen auf 3,75 Prozent stiegen, weil der Zinsdienst dann 600 Milliarden US-Dollar pro Jahr ausmachen würde, was fast dem gesamten für das Fiskaljahr 2014 prognostizierten Budgetdefizit von 744 Milliarden US-Dollar entspräche.

⁸⁰ Weitere Befürworter einer einmaligen Vermögensabgabe, deren verfassungsrechtliche Ordnungsmäßigkeit und historische Beispiele für staatliche Abschöpfungs- und Enteignungsmaßnahmen findet der interessierte Leser ausführlich im *Investmentfonds-Bericht Januar 2013* in dem Kapitel „Enteignung durch einmalige Vermögensabgaben“ auf den Seiten 29 - 32. Der Bericht ist nachzulesen unter www.schmitzundcie.de unter der Rubrik „Publikationen“.

⁸¹ Siehe *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. November 2013, Seite 9.

⁸² *Welt am Sonntag* vom 3. November 2013, Seite 37. In dem Artikel mit dem aufschlußreichen Titel „Und sie wollen alle an unser Geld“ wird neben der Darstellung der geplanten Vermögensabgabe des IWFs auch auf die seit Jahrhunderten immer wieder nach ähnlichem Muster ablaufende „Reduktion“ oder „Rückführung“ von Privatvermögen an den Staat hingewiesen: Erst übernimmt der Staat in großem Stil Verbindlichkeiten und beruhigt damit eine akute Finanzkrise, dann holt sich die hoch verschuldete Regierung das Geld von den privaten Sparern wieder zurück.

⁸³ *Michael Grandt: Der Euro-Crash kommt – Wie Sie als Anleger sicher durch die Krise kommen*, Kopp Verlag, Rottenburg 2012, Seite 41. Der Autor stellt auf den Seiten 41 - 46 zahlreiche, auch auf den ersten Blick „denk-unmögliche“ Varianten der staatlichen Enteignung dar, auf die der vorausschauende Anleger vorbereitet sein sollte, um entsprechende Vorkehrungen für sein Vermögen treffen zu können.



Wie hoch die zukünftige (Teil)Enteignung in Zukunft ausfallen wird, wissen wir von *Schmitz & Cie.* natürlich nicht. Aber egal, ob es eine Vermögensabgabe von zehn Prozent (Vorschlag von DIW und IWF), 15 Prozent (Wahlprogramm der Grünen), 24 Prozent (Boston Consulting)⁸⁴ oder sogar noch mehr sein wird („werden die Reichen eines Tages die Hälfte ihres Vermögens abtreten müssen“⁸⁵), die Sparer und Anleger sollten dieses Szenario in ihre Investitionsüberlegungen mit einschließen, so unwahrscheinlich es dem Einzelnen auch erscheinen mag. Gerne wiederholen wir an dieser Stelle das Zitat der amerikanischen Schriftstellerin und Philosophin *Ayn Rand* (1905 - 1982): **„Man kann die Realität ignorieren, aber man kann nicht die Konsequenzen der ignorierten Realität ignorieren.“**

Insbesondere Bankeinlagen sind in diesem Zusammenhang gefährdet. „Das Geld auf den Bankkonten ist nur Scheinvermögen, da es durch Schulden gedeckt ist, die nie zurückgezahlt werden können.“⁸⁶ Denn während der Sparer seine Ersparnisse bei seinem Kreditinstitut sicher glaubt, sind diese längst in spanische Immobilien geflossen, die heute als wertlose Bauruinen vor sich hingammeln, oder sie sind als griechische Beamtenpensionen ausgezahlt worden.⁸⁷

Als im Frühjahr 2013 im EU-Mitgliedstaat Zypern für Kontoguthaben über 100.000 Euro Teilenteignungen für alle Sparer (vom Baby bis zum Greis) von der Politik festgesetzt wurden, die dann auch noch euphemistisch „Stabilitätsabgabe“ und „einmalige Sondersteuer auf Bankeinlagen“ genannt wurden, **vergriffen sich die Euro-Retter zum ersten Mal an den Ersparnissen der Bürger.** Spätestens seit diesem Zeitpunkt gilt: „Die Sparer in Europa befürchten die Enteignung. Der Fall Zyperns ... könnte Schule machen.“⁸⁸ Denn allen entgegengesetzten Beteuerungen von beschwichtigenden Politikern zum Trotz, ist dies eine „Blaupause“ für weitere, ähnlich gelagerte Vorgehensweisen in anderen EU-Ländern.⁸⁹ Und wer glaubt, diese Teilenteignungen können zwar auf Zypern, aber nicht in anderen EU-Ländern, und schon gar nicht in Deutschland, von den Politikern beschlossen werden, der irrt gewaltig: „Die Deutschen sind besonders gefährdet, Opfer einer Abgabe zu werden. Sie horten mehr Geld auf Bankkonten als

⁸⁴ Vgl. *Mark Schieritz*: Die Inflationslüge – Wie uns die Angst ums Geld ruiniert und wer daran verdient, Knauer Verlag, München 2013, Seite 110. Schieritz beruft sich auf Modellrechnungen von *Boston Consulting*: „Demnach würde eine jährliche Abgabe auf das Finanzvermögen von 1,2 Prozent in jedem Land der Eurozone ausreichen, um die Schulden in einem Zeitraum von 20 Jahren wieder auf ein tragfähiges Niveau zu bringen.“

⁸⁵ *Marc Faber* im Interview mit der *Finanz und Wirtschaft* vom 26. Oktober 2013, Seite 23.

⁸⁶ *Philipp Bagus* in der *Welt am Sonntag* vom 3. November 2013, Seite 37. Bagus ist Professor für Volkswirtschaft an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid.

⁸⁷ Vgl. vorherige Fußnote.

⁸⁸ *David Marsh*: Beim Geld hört der Spaß auf. Warum die Eurokrise nicht mehr lösbar ist, Europa Verlag, Wien 2013, Seite 45. Marsh schreibt im Zusammenhang mit der Zypernlösung: „Ein Wendepunkt epochaler Reichweite.“ (Seite 47) und an anderer Stelle von einem „Generalangriff auf die Spareinlagen“ der Deutschen (Seite 147).

⁸⁹ Den Begriff „Blaupause“ hat der niederländische Finanzminister und Chef der Euro-Gruppe *Jeroen Dijsselblom* unmittelbar nach der gefundenen Lösung für die Zypernkrise als Erster verwendet. Unabhängig von den erbosten Reaktionen vieler Politiker quer durch den Euroraum zeigt der Fall Zypern modellhaft, wie Politiker agieren: vorpreschen, austesten, den verbalen Rückzug antreten, als Einzelfall darstellen; vgl. hierzu auch *WirtschaftsWoche* vom 9. Dezember 2013, Seite 35.

andere Europäer.“⁹⁰ Und wie der Fall Zypern zeigt, lassen sich solche Kontoeinlagen rasch einfrieren und konfiszieren.

Der amerikanische Ökonom *Barry Eichengreen* hat bereits im Jahr 1989 in einer Studie mit dem Namen „Vermögensabgabe in Theorie und Praxis“ anhand historischer Beispiele von der Tschechoslowakei 1920 bis Japan 1946 herausgearbeitet, wie eine erfolgreiche Zwangsmaßnahme ablaufen müsse: überraschend, schnell, ohne politische Debatten und lange Gesetzesinitiativen – denn sonst flieht das Kapital ins Ausland oder in andere Anlageformen.⁹¹

Damit ist auch eine mögliche Lösung angedeutet, einer drohenden Vermögensabgabe im Euroraum zu entkommen: **Bevorzugen Sie Anlagen außerhalb des Euroraumes** (zum Beispiel in der Schweiz und in Schweizer Franken) und **meiden Sie Kontogelder. Investieren Sie statt dessen in Aktien**, denn eine Besitzsteuer oder Abgabe eigens für Aktien gab es noch nie!⁹²

5. Unsere Empfehlungen für ein erfolgreiches Investmentjahr

Aktien und Aktienfonds sind in Deutschland unbeliebt wie selten zuvor, der Anteil der deutschen Sparer, die in direkt oder indirekt in Unternehmensbeteiligungen investiert sind, liegt auf einem historischen Tiefstand. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass kaum ein Anleger von den kräftigen Kursanstiegen der letzten Jahre profitiert hat: **„Der jetzige Aufschwung am Aktienmarkt ist vermutlich die meistgehasste Rallye der letzten Jahrzehnte.“**⁹³ Fast alle Marktteilnehmer sind offensichtlich so auf die Abwärtsgefahren am Aktienmarkt fixiert gewesen, dass sie darüber die Kursrallye verpasst haben. Das ist schade, denn: **„Das vermeintliche Auf und Ab der Börsen ist in Wirklichkeit meistens ein Auf.** In den vergangenen 65 Jahren hat der deutsche Aktienmarkt nur in 20 Jahren einen Rückgang verbucht. Zudem blieb das Minus in 9 der 20 Fälle mit höchstens 10 Prozent moderat.“⁹⁴ Und von den Aufwärtsbewegungen an der Börse kann nur derjenigen profitieren, der auch investiert ist – wer weiterhin an verzinslichen Anlagen festhält, verliert mit Sicherheit an realer Kaufkraft! „Die aktuelle

⁹⁰ *Welt am Sonntag* vom 3. November 2013, Seite 37.

⁹¹ Vgl. *WirtschaftsWoche* vom 9. Dezember 2013, Seite 35.

⁹² Vgl. *WirtschaftsWoche* vom 9. Dezember 2013, Seite 41.

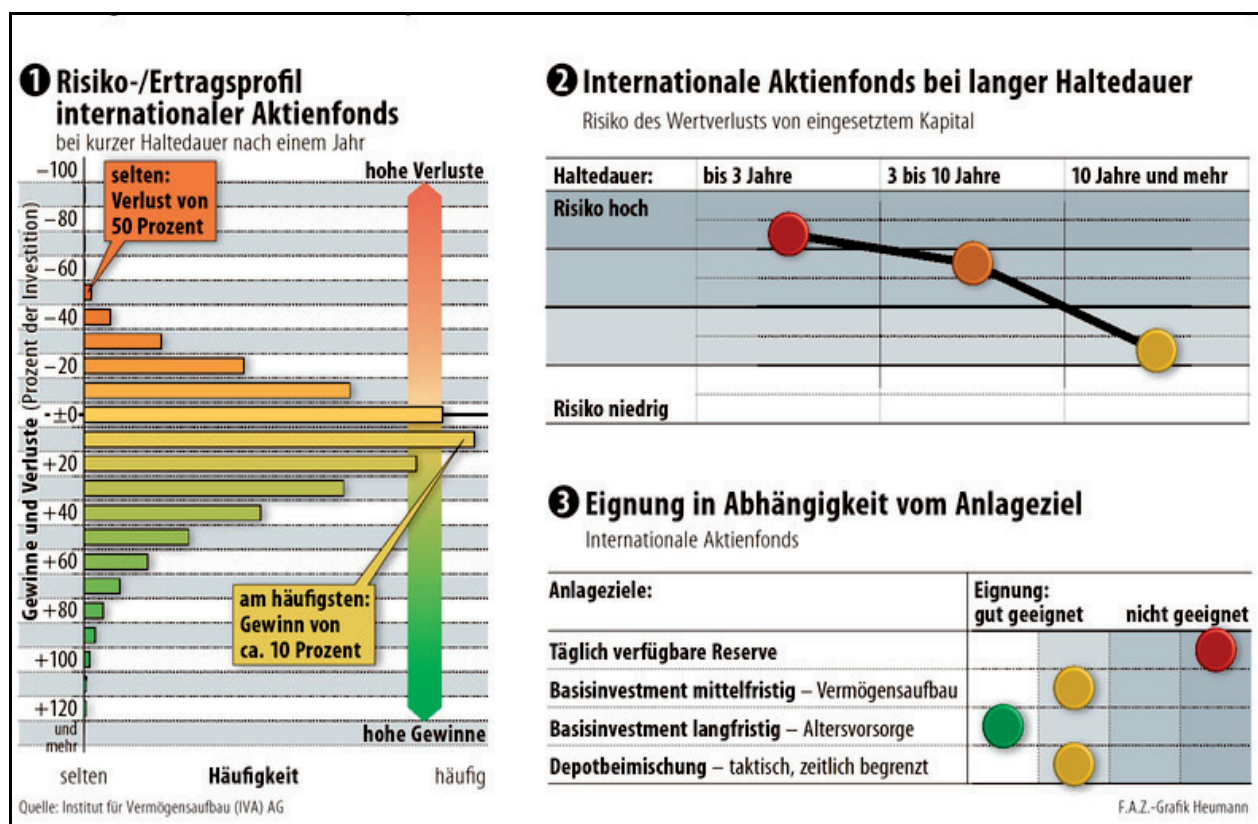
⁹³ *Welt am Sonntag* vom 20. Oktober 2013, Seite 45. In dem Artikel „Zaungäste des Aufschwungs“ wird unter anderem festgestellt, dass bereits in den ersten neun Monaten 2013 in Immobilienfonds 3,6 Milliarden Euro neues Geld geflossen ist, in schlecht laufende Rentenfonds sogar 9,3 Milliarden Euro eingezahlt worden sind, aber allein aus Deutschland-Aktienfonds bereits 1,8 Milliarden Euro von Bundesbürgern abgezogen worden sind. Betrachtet man alle Aktienfonds zusammen genommen, so reduzierten deutsche Anleger in den ersten elf Monaten des Jahres 2013 ihre Engagements sogar um 5,7 Milliarden Euro netto; vgl. hierzu *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. Januar 2014, Seite 24.

⁹⁴ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. Dezember 2013, Seite C 2, Hervorhebung durch *Schmitz & Cie.* Besonders aufschlussreich ist in dem Artikel „Der Aktienkauf lohnt meistens“ das berühmte *Renditedreieck* des Deutschen Aktieninstituts, in dem alle möglichen Kauf- und Verkaufskombinationen ab dem Jahr 1948 mit ihrer Durchschnittsrendite abgetragen sind. Dabei stehen blau hinterlegte Felder für eine positive, rote für eine negative Rendite. Fast die gesamte Dreiecksfläche besteht aus blauen Hintergrundfeldern, nur sehr wenige, kurze Halteperioden sind rot hinterlegt.



Niedrigzinsphase sollten die Anleger daher als Gelegenheit begreifen, ihre Trägheit zu überwinden und sich mit Anlageklassen jenseits der Bankkonten vertraut zu machen. ... **Aktien sind dabei die liquideste und einfachste Form der Geldanlage und zudem langfristig die mit der höchsten Rendite.**⁹⁵

Und je länger die Haltedauer von Aktien oder Aktienfonds ist, desto geringer wird die Wahrscheinlichkeit, dass der Anleger mit seinem Engagement einen Vermögensverlust erleiden wird. Die nachfolgende Grafik verdeutlicht diesen Zusammenhang auf drei verschiedene Darstellungsarten:



Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. Mai 2013, Seite 24

Viele Sparer versuchen, für einen Kauf von Aktien oder Aktienfonds den „richtigen“ Zeitpunkt zu erwischen – was selten oder nie gelingt –, oder sie warten auf deutliche Kursrückgänge, die dann aber nicht oder nicht in dem gewünschten Maße eintreffen. Diese Herangehensweise für eine Investition in den Aktienmarkt ist sinnlos. Genauso unsinnig ist es, über die Entwicklung der Aktienmärkte im Jahr 2014 zu spekulieren, denn „Market-Timing“ funktioniert langfristig gesehen ohnehin nicht. Der Versuch, durch „richtiges“ Ein- und Aussteigen an der Börse eine Mehrrendite zu erzielen, ist langfristig immer zum Scheitern verurteilt. Der Verfasser dieser Investmentfonds-Berichte hat in seinen inzwischen über 35 Jahren, in denen er aktiv an der Börse tätig ist, noch nie jemanden kennen gelernt, der mit diesem Ansatz nachhaltig Erfolg gehabt

⁹⁵ Daniel Mohr in dem Artikel „Mehr Mut in der Geldanlage“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 14. Oktober 2013, Seite 17.



hätte. Ganz im Gegenteil: Die Wissenschaftler *Geoffrey Friesen* und *Travis Sapp* fanden in einer Studie aus dem Jahr 2007 heraus, dass Privatinvestoren bei einer Anlage in Aktienfonds mit Market-Timing Entscheidungen im Zeitraum von 1991 bis 2004 ihre Renditen im Durchschnitt pro Jahr sogar um 1,56 Prozentpunkte verringerten!⁹⁶

Wenn Sie als Anleger an der Börse über den richtigen Einstiegszeitpunkt unsicher sind, dann **steigen Sie mit einem Sparplan für Aktienfonds sukzessive in den Aktienmarkt ein**. Dies minimiert die Wahrscheinlichkeit, ausgerechnet zum Hochpunkt zu investieren. Nutzen Sie die Chancen, die Ihnen die Aktienbörsen in der Zukunft noch bieten werden. Und wenn – vielleicht durch unvorhersehbare politische Ereignisse – die Aktienkurse doch einmal deutlicher nachgeben sollten, dann kaufen Sie verstärkt zu günstigen Kursen zu! Bis dahin werden die internationalen Aktienmärkte unter Schwankungen noch zulegen können. Der stetige Zustrom an billigem Geld der Notenbanken und die Bereitschaft der Politik, auch deutlich höhere Inflationsraten zuzulassen, um damit die sonst längst fällige Lösung der Staatsschulden- und Eurokrise noch einmal in die Zukunft zu verschieben, wird an den Märkten seine Wirkung nicht verfehlen. Wir können daher zusammen mit unserem Freund *Dagobert Duck* den Börsenbullen vorläufig weiter reiten:



Quelle: *Handelsblatt* vom 2. April 2013, Seite 13

Denken Sie bitte daran, Sie haben bei Ihrer Vermögensanlage die Wahl: Geringe Kurschwankungen und **garantierter Kaufkraftverlust mit Festgeld oder Anleihen**

⁹⁶ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 24. Dezember 2013, Seite 13. In dem Aufsatz „Kaufen und Halten ist auch heute noch die richtige Strategie“ spricht sich der Autor klar für die altgediente Strategie „Kaufen und Halten“ als Erfolgsmodell an der Aktienbörse aus.

oder starke Kursschwankungen und **langfristiger Kaufkraftzuwachs mit Aktien**. Lassen Sie sich von den Tagesschwankungen der Aktienmärkte nicht beeindrucken und unterscheiden Sie zwischen Preis und Wert. Der *Preis* eines Unternehmens (= Aktienkurs) schwankt von Tag zu Tag, der *Wert* eines Unternehmens jedoch nicht. Da der Preis langfristig immer wieder zum echten Wert zurückkehrt, können Sie kurzfristige Schwankungen ignorieren. Entscheidend ist für Sie die langfristige Wertentwicklung.

Und behalten Sie immer im Hinterkopf: „Das grösste Problem beim Anlegen ist nicht der Markt und nicht die Wirtschaft, sondern der Investor selbst, seine Gefühle, seine Erfahrung, sein Reagieren.“⁹⁷ Wir von der *Schmitz & Cie. GmbH* unterstützen Sie dabei – suchen Sie das Gespräch mit uns!

6. Versuch eines Ausblicks auf das Jahr 2014 und darüber hinaus

Der deutsche Aktienindex DAX steht derzeit auf einem Rekordhoch von fast 10.000 Punkten – zum Jahresende 2013 hatte er einen Stand von über 9.500 Punkten. Betrachtet man jedoch nicht den in den Medien immer verwendeten DAX als *Performance-Index* (blaue Linie in der untenstehenden Grafik), der auch die gezahlten und vom Aktienkurs bei der Ausschüttung abgezogenen Dividenden wieder mit einrechnet, sondern den DAX als *Kurs-Index* (rote Linie), der nur die Entwicklung der reinen Aktienkurse berücksichtigt, dann erkennt man sofort, dass der DAX in dieser Betrachtung noch unterhalb seiner Höchststände aus den Jahren 2000 und 2007 liegt. Die oft zu hörende Aussage, der DAX stehe so hoch wie noch nie und habe damit ein erhebliches Rückschlagspotenzial aufgebaut, muss somit relativiert werden:



Quelle: vwd portfolio manager 4.31.4

⁹⁷ Charles D. Ellis im Interview mit der *Finanz und Wirtschaft* vom 15. Januar 2014, Seite 18. Ellis ist Buchautor („Winning the Loser’s Game“ und „The Elements of Investing“) und war viele Jahre Verwaltungsrat des Asset-Managers *Vanguard*.

Im Sommer des letzten Jahres waren viele Zeitungsberichte über den **25. Geburtstag des Aktienindex DAX** am 1. Juli zu lesen.⁹⁸ Hierzu eine kleine Anekdote: „Paris im Frühjahr 1991. Der Altmeister der Börse bittet zum Interview: André Kostolany („An der Börse ist alles möglich, auch das Gegenteil“). Der Dax ist da drei Jahre alt, aber in der Börsenberichterstattung noch nicht so recht etabliert. Damals war der FAZ-Index das Maß der Dinge. Auf die Frage: ‚Wie sehen Sie den Dax?‘ fragte Kostolany zurück: ‚Der Dax? Was ist das?‘ Auf die Erklärung: ‚Der neue Deutsche Aktienindex‘ antwortete er wie aus der Pistole geschossen einen jener Sätze, für die ihn Börsen-Deutschland so liebte: ‚Meine Herren, er wird steigen.‘“

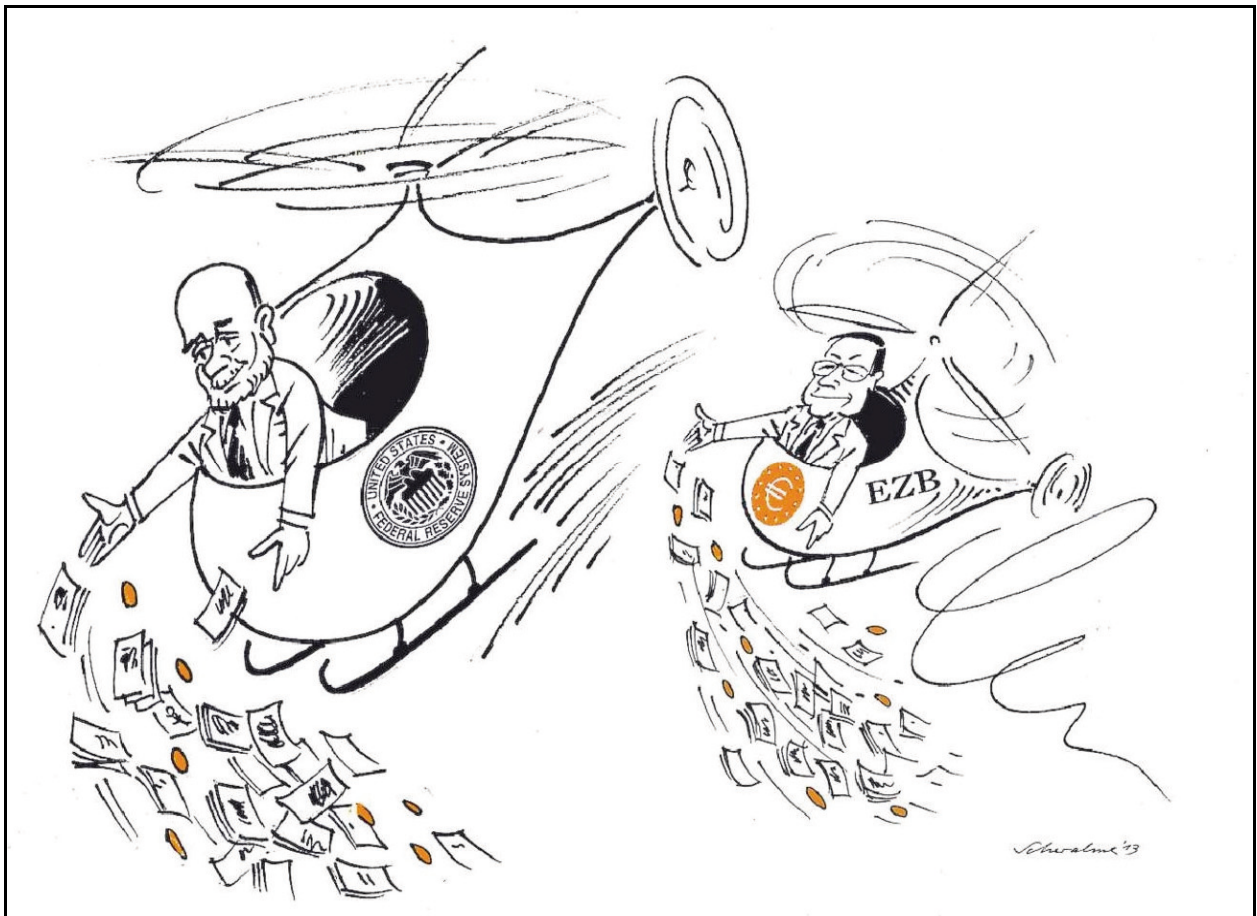
Wie so oft, hatte Kostolany auch mit dieser Aussage Recht. Auf das eigentliche Startdatum am 1. Januar 1988 zurückgerechnet (der jetzt als Geburtsstunde gefeierte 1. Juli 1988 war das Datum, an dem der Dax das erste Mal an der Börse gehandelt wurde) hat der Dax damals mit einem Indexstand von exakt 1.000 Punkten begonnen. Aktuell steht der inzwischen bekannteste deutsche Aktienindex bei nahezu 10.000 Punkten. Das bedeutet, **eine durchschnittliche Aktienanlage** (bestehend aus 30 deutschen Aktienwerten) **hat sich nach rund einem Vierteljahrhundert fast verzehnfacht!**

Nimmt man den DAX Stand von knapp 7.800 Punkten am 1. Januar 2013 (also genau 25 Jahre nach seinem „Geburtstag“ am 1. Januar 1988) als Maßstab, dann gehört keine große Prognosekraft dazu, für die nächsten 25 Jahre eine ähnliche Steigerung zu erwarten, was den DAX dann auf einen Indexstand von rund 60.000 Punkte im Jahr 2038 bringen würde.

Ebenfalls am 1. Juli – allerdings vor 20 Jahren – begann der Verfasser dieser Berichte mit seinem Abschied als Mitarbeiter von *André Kostolany* und dem Start seiner Selbstständigkeit die Erfolgsgeschichte von *Schmitz & Partner*. Wir sind stolz darauf, dass wir einige Kunden, die bereits in den ersten Monaten unserer Selbstständigkeit zu uns gefunden haben, noch heute zu unserem zufriedenen Kundenkreis zählen können. Auf die nächsten 20 Jahre!

Aber nicht nur der deutsche Aktienindex wird weiter steigen. Auch die anderen weltweiten Aktienbörsen werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Höchststände erreichen, die man sich heute noch gar nicht vorstellen kann. Und solange die internationalen Notenbanken weiterhin massiv „Geld drucken“, und wie in der folgenden Zeichnung aufs Volk und auf die Wirtschaft nieder regnen lassen, solange werden auch die Aktienbörsen ihren generellen Aufwärtstrend vorläufig nicht verlassen:

⁹⁸ Vgl. hierzu im Folgenden *FOCUS-MONEY* vom 19. Juni 2013, Seite 10 - 15; Zitat von Seite 11.



Quelle: *Handelsblatt* vom 11. November 2013, Seite 25

Profitieren Sie deshalb von der inzwischen 35jährigen aktiven Börsenerfahrung innerhalb der *Schmitz & Cie. GmbH*, denn **„ohne Erfahrung an der Börse“**, pflegte *André Kostolany* als langjähriger Mentor des Verfassers dieser Jahresberichte immer zu sagen, **„ist es schwer, gute Nerven zu haben.“**

Nutzen Sie unsere bankenunabhängige und individuelle Beratung und legen Sie jetzt mit einem Gespräch mit uns den **Grundstein für Ihre Börsengewinne in der Zukunft!** Denn wer die Augen heute nicht zum Sehen benutzt, wird sie in den nächsten Jahren wohl zum Weinen gebrauchen müssen.

Hören Sie auf, Geld zu verlieren! Lassen Sie im Jahr 2014 andere für Ihr Geld arbeiten – je nach Ihrem persönlichen Risikoprofil entweder offensiv oder defensiv: investieren Sie zum Beispiel Ihr Geld in die erfolgreichen Investmentfonds *Schmitz & Partner Global Offensiv* oder *Schmitz & Partner Global Defensiv*.

Zum Abschluss empfehlen wir Ihnen noch die Lektüre der beiden beigefügten **Artikel** aus dem *Handelsblatt* vom 12. Juli 2013, Seite 32 und der Dezemberausgabe des Anlagemagazin *Smart Investor*, Seite 74 - 76.



Handelsblatt

Handelsblatt Nr. 132 vom 12.07.2013 Seite 032

Finanzen & Börsen Geldanlage

MARKTGESPRÄCH MIT HOLGER SCHMITZ, SCHMITZ & PARTNER AG

„Die Schweiz rückt automatisch wieder ins Blickfeld“

Wenn nach der Bundestagswahl im September klar wird, was die Rettung der Krisenländer kostet, werden viele Deutsche den Finanzplatz Schweiz wiederentdecken, glaubt Holger Schmitz.

Holger Schmitz war jahrelang ein Wegbegleiter von André Kostolany. Ein Grundsatz des Börsenaltmeisters heißt, der Hund folgt immer dem Herrchen, wenn dieser unbeirrt seinen Weg geht. Er ist für den Gründer und Chef der Vermögensverwaltung Schmitz & Partner am idyllischen Lago Maggiore noch heute Maxime. Er bedeutet: Wenn die Wirtschaft gut läuft, dann folgt irgendwann die Börse.

Dieser Satz gilt für den gebürtigen Oberhausener, Jahrgang 1961, heute mehr denn je. Deswegen sind für ihn Investments in seiner Wahlheimat Schweiz so angesagt wie lange nicht mehr. „Nach der Bundestagswahl am 22. September werden die Deutschen erfahren, was sie die Rettung von Griechenland

und Zypern wirklich gekostet hat“, prophezeit er. Dann kehren die altbekannten Sorgen zurück, so dass automatisch wieder der Finanzplatz Schweiz ins Blickfeld rücken werde. Für den



könnte das zwar bedeuten, dass die von der Notenbank gezogene Schranke von 1,20 Franken zum Euro wieder in Gefahr gerät, auch sind Negativzinsen und Kapitalverkehrskontrollen denkbar. Dennoch sieht er darin kein Manko. „Die Gefahren einer neuerlichen Franken-Stärke werden überschätzt.“

Für die Zusammensetzung des Depots sind für ihn drei Säulen unersetzlich: Nestlé, Novartis und Roche sollten nicht fehlen. Das ist wenig überraschend, stehen diese Aktien doch bei fast allen Vermögensverwaltern auf der Empfehlungsliste. Interessanter wird es, wenn Schmitz in die zweite Reihe eidgenössischer Aktien blickt und hierbei Weltmarktführer entdeckt, die in Deutschland

nur wenigen bekannt sind. Bell, der allgegenwärtige Fleischproduzent des Landes, gehört ebenso dazu wie der Maschinenbauer Bucher, dessen Weinpressen auf der ganzen Welt eingesetzt werden. Oder der Haushaltswaren-Hersteller Metall Zug. „Wenn wir von einem Wert überzeugt sind, dann halten wir den auch sehr lange im Portfolio“, erzählt Schmitz aus der Praxis. Bis eines seiner Kundendepots einmal „komplett gedreht“ ist, können so schon mal fünf bis sechs Jahre vergehen. Auf eine Branche blickt er indes noch immer skeptisch. Bankaktien würde er nur als Wette ins Depot nehmen. „Die Höchstkurse werden wir hier sehr lange nicht mehr sehen“, prognostiziert er. Christian Schnell

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Quelle: *Handelsblatt* vom 12. Juli 2013, Seite 32



Interview mit einem Investor

„Es geht um die Kombination von Rendite und Risiko“

Smart Investor im Gespräch mit Dr. Holger Schmitz von Schmitz & Partner über Anlagestrategien sowie eine mögliche Vermögensabgabe



Diplom-Kaufmann Dr. Holger Schmitz (Jahrgang 1961), Vorstand der SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement, übernahm nach Banklehre und betriebswirtschaftlichem Studium im Jahr 1988 eine Position als Portfolio- und Fondsmanager bei der FIDUKA Depotverwaltung in München. Im Austausch mit dem Gründungsmitglied, der Börsenlegende André Kostolany, erlangte Schmitz umfangreiche Marktkenntnisse und machte sich 1993 als Vermögensverwalter selbstständig. 1997 gründete Schmitz als Vorstand die SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement mit Sitz in der Schweiz. Das Unternehmen betreut mittlerweile individuelle Depots von über 40 Kunden und Publikumsfonds mit einem gesamten Volumen von rund 100 Mio. CHF. Dr. Schmitz managt den Schmitz & Partner Global Defensiv-Fonds (WKN: A0M1UL) und den Schmitz & Partner Global Offensiv-Fonds (WKN: A0MURD), mit dem er seine Anlageideen umsetzt.

Smart Investor: Herr Dr. Schmitz, in Ihren Fonds mischen Sie Aktien mit Fondsanlagen, was in der Branche eher ungewöhnlich ist. Welche Idee steckt dahinter?

Dr. Schmitz: Grundsätzlich fühle ich mich auf der Aktienseite mit Einzelwerten wohler. Aber es gibt Bereiche, die ich lieber mit Fonds abdecke, z.B. Emerging Markets.

Smart Investor: Ihre Investmentstruktur sieht nach einem Mix aus Wachstums- und Value-Strategien aus. Stimmt dieser Eindruck?

Dr. Schmitz: Ich bin mehr der „Value-Typ“, aber es ist wichtig, sowohl die Themen „Growth“ als auch „Value“ abzudecken. Im Defensiv-Fonds haben wir nahezu ausschließlich Value-Werte, beim Offensiv-Fonds ist es andersherum. Zwischen beiden Fonds gibt es keine Überschneidungen. Sie haben ihren eigenen Charakter.

Smart Investor: Emerging Markets kamen zuletzt stark unter Wasser, gleichzeitig machen sie ein Drittel im Offensiv-Fonds aus. Welche Rolle spielt das Thema Verlustbegrenzung?

Dr. Schmitz: Wenn die Preise für Emerging Markets weiter gefallen wären, hätte ich sogar noch hinzugekauft – denn die Idee ist ja nicht schlechter geworden. Je mehr der Value-Anteil bei einem Titel überwiegt, desto weniger nehmen wir eine quantitative Verlustbegrenzung vor. Wenn z.B. eine Nestlé-Aktie 5 bis 10% fällt, mache ich mir keine Gedanken, wenn sie aber 20% fällt, dann kaufe ich zu. Man muss zwischen Wert und Preis unterscheiden: Wenn eine Aktie 20% billiger wird, sinkt nicht der Wert, sondern der Preis des Unternehmens.

Smart Investor: Zu Ihren größten Positionen im Offensiv-Fonds gehören Fuchs Petrolub und Kronos. Was gefällt Ihnen an diesen Werten?

Dr. Schmitz: Mir gefällt, dass es familiengeführte Unternehmen sind. Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass solche Unternehmen eine bessere Performance haben. Doch auch bei solchen Werten überprüfe ich natürlich, ob sich die Geschäftsmodelle oder die Umweltbedingungen ändern. Wenn das nicht der Fall ist, kann so ein Wert schon mal zehn Jahre bei mir in den Depots sein.

Smart Investor: Die Performance Ihres Defensiv-Fonds ist etwa so verlaufen wie die Benchmark. Was ist Ihr Ziel: Benchmark outperformen oder Volatilität begrenzen?

Dr. Schmitz: Wichtig ist mir die Kombination aus beidem: Ich will weder die Rendite maximieren noch die Volatilität minimieren, sondern das Verhältnis von beiden optimieren. Es geht um die Kombination von Rendite und Risiko.

Smart Investor: Die Liquidität im Offensiv-Fonds liegt aktuell bei 13%, beim Defensiv-Fonds sogar bei 30%. Ist dieser relativ hohe Cashanteil Ausdruck Ihrer vorsichtigen Haltung gegenüber den Börsen?

Dr. Schmitz: In der Tat. Ich warte zurzeit mehr oder weniger ab, was die Große Koalition zustande bringt, von der ich noch nicht zu 100% überzeugt bin, ob sie die kompletten vier Jahre übersteht. Ich glaube nämlich, dass unser Freund Gabriel eine Sollbruchstelle einarbeiten wird, mit der

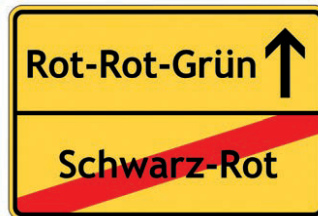
Illustration: iStockphoto - Fotolia.com



er sie nach der Hälfte der Zeit zugunsten einer rot-rot-grünen Mehrheit platzen lassen kann. Denn wir haben zum ersten Mal eine rot-rot-grüne Mehrheit im Bundestag, und wer das verkennet, ist realitätsblind! Der Jubel der CDU/CSU am Wahlabend ist mir unbegreiflich.

Smart Investor: Was wird passieren, wenn eine rot-rot-grüne Regierung kommt?

Dr. Schmitz: Eine ganze Menge Sachen, an die bis jetzt noch keiner denkt. Die Eurokrise ist in den Medien vollständig abgehandelt und erscheint als beendet. Doch das Gegenteil ist der Fall! Der eigentliche Auslöser der Staatsschuldenkrise, nämlich die horrend hohen Schulden, ist ja noch größer geworden. Das, was uns im Moment erfreut, kommt uns irgendwann in den nächsten Monaten mit großer Gewalt entgegen. Politiker werden dann wieder an Scheinlösungen arbeiten, die wahren Ursachen aber – nämlich die permanent höheren Ausgaben als Einnahmen – nicht bekämpfen. Stattdessen wird an der Einnahmenseigerung gearbeitet, was völlig



Dr. Schmitz hält ein rot-rot-grünes Bündnis durchaus für denkbar – bereits in den kommenden vier Jahren.

absurd ist: Wir haben kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Was dann auch wieder auf den Tisch kommt, sind Transfer- und Bankenunion, Eurobonds und all das Teufelszeug. Weil das alles nicht reicht, kommt zu guter Letzt noch das Thema Vermögensabgabe hinzu.

Smart Investor: Beim Vorschlag des IWF für eine Vermögensabgabe von mindestens 10% war nicht ganz klar, ob es sich um eine Zwangsabgabe auf die Konten oder auf das gesamte Vermögen handelt.

Dr. Schmitz: Das wissen die beteiligten Personen wahrscheinlich selbst nicht. Eine Kontenabgabe ist ein relativ einfacher Verwaltungsakt und lässt sich an einem Wochenende organisieren. Doch wenn Sie eine Zwangsabgabe auf das gesamte Vermögen planen, haben Sie viel längere Vorlaufzeiten: Sie müssen die Daten ja erst mal zusammensuchen. Deshalb vermute ich, dass es für die nächsten ein bis zwei Jahre auf eine Kontenabgabe hinausläuft.

Smart Investor: Jetzt, wo die Maßnahmen schon in der Mainstream-Presse war, wird sie da nicht durch einen Run auf die Konten konterkariert werden?

Dr. Schmitz: Nein, wissen Sie, meine Erfahrung ist, dass die Leute gar nicht glauben, was noch alles auf uns zukommen kann. Für die meisten Menschen, die etwas geschafft haben, ist es unvorstellbar, dass wir eine Vermögensabgabe bekommen. Wenn man dann erwähnt, dass wir so etwas ja schon mal hatten, z.B. in Form des Lastenausgleichsgesetzes, meinen sie, das seien andere Zeiten gewesen. ▶

Anzeige

Willy Brandt

Patriot von links



Mut zur Wahrheit!
Eine smarte Investition

Am guten Kiosk, im Abo oder hier: www.compact-magazin.com

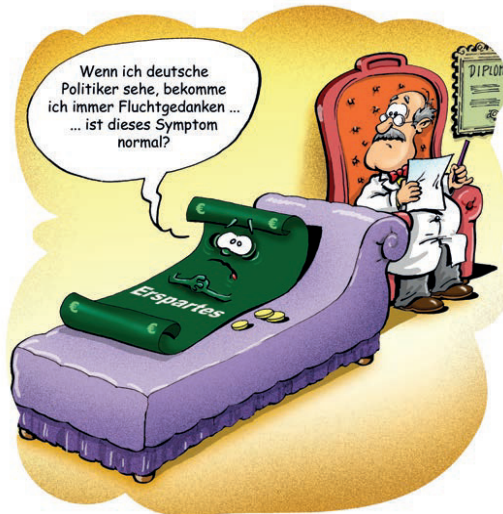
Compact-Magazin GmbH

Brandenburger Str. 36
14542 Werder (Havel)

Tel. 03327-569 86 11/12
Fax 03327-569 86 17



Potpourri



Smart Investor: Diejenigen, die damit rechnen, haben ihr Geld wahrscheinlich sowieso schon längst in Fremdwährungen angelegt.

Dr. Schmitz: Zum Beispiel. Das ist eines der derzeit möglichen Schlupflöcher. Selbst eine EU-weite Kontoabgabe trifft Länder wie die Schweiz oder Norwegen nicht.

Smart Investor: Wären von der Vermögensabgabe nur Privatleute betroffen oder auch Firmen?

Dr. Schmitz: Ich vermute auch Firmen, alles andere ergibt keinen Sinn. In Zypern ist es genauso passiert.

Smart Investor: Werden dadurch nicht auch Firmen in den Bankrott gestürzt?

Dr. Schmitz: Das sind Kollateralschäden, die die Politik in Kauf nimmt, denn sie kann sie ja auch nicht verhindern. Der Einzelne kann entsprechend vorsichtig sein und sich auf die verschiedenen Formen der Abgabe einstellen: Wird sie beispielsweise linear vorgenommen, ist es egal, ob ich ein Konto oder zehn Konten habe.

Smart Investor: Kann man sagen, dass der IWF jetzt die Idee einer Vermögensabgabe anbringt, da er selbst einer der Gläubiger Griechenlands ist?

Dr. Schmitz: Sicher, dem fliegen die Staatsschulden sonst um die Ohren. Natürlich will niemand einen Schuldenschnitt, deshalb wird er auch nicht offiziell vollzogen, aber im Endeffekt läuft es darauf hinaus. Anstatt die Schulden einfach als uneinbringlich zu erklären, werden sie auf fünfzig Jahre verlängert, und anstatt 5% Zinsen, was ja auch schon zu wenig für das Kreditrisiko ist, werden sie auf 2% festgeschrieben.

Smart Investor: Wie kann sich der Einzelne schützen?

Dr. Schmitz: Ein kompletter Schutz ist wahrscheinlich gar nicht möglich. Selbst wenn er möglich wäre, wird es eine enorme Diskussion zwischen den Gewinnern und den Verlierern geben. D.h. die, die

schlau sind, werden auf Dauer vom Staat bestraft – selbst wenn sie der Bestrafung durch den Markt entgehen können. Die Politik wird aus Gründen der „sozialen Gerechtigkeit“ denen, die schlau sind, etwas wegnehmen und umverteilen. Für mich ist das übrigens kein Grund, nicht zu den Schlaunen gehören zu wollen.

Smart Investor: Und wie bin ich schlau als Anleger?

Dr. Schmitz: Als erstes durch die Erkenntnis, dass es nicht den einen Königsweg gibt, sondern nur den des geringsten Risikos. Konkret bedeutet das: Raus aus Geldwerten, rein in Sachwerte. Raus aus dem Euro als Hauptwährung, rein in verschiedene Währungen. Und natürlich auch ganz klassisch Gold und Silber: Alles, was wir hier in den letzten Monaten an Kursverlusten gesehen haben, ist Anzeichen dafür, dass es genau anders kommen wird. Die manipulativen Kursstürze sind ja von mächtigen Spielern inszeniert worden, um die Privatspekulanten rauszuschütteln. Gleichzeitig kaufen aber die Notenbanken auf dem Kassamarkt so viele Goldbestände wie seit sechzig Jahren nicht mehr – das muss ja etwas zu bedeuten haben. Aber man muss die Sache zu Ende denken: In der Vergangenheit gab es bereits ein privates Goldbesitzverbot, deshalb sollten die physischen Goldbestände nicht in deutschen Tresoren lagern.

Smart Investor: Man kann sich die ganzen Auswirkungen noch gar nicht vorstellen. Haben Sie eine Idee, wann dieser Plan umgesetzt werden könnte?

Dr. Schmitz: Nein, überhaupt nicht. Was man nie unterschätzen darf, ist der Durchhaltewillen von Politikern angesichts verlorener Schlachten. Die aktuellen Durchhalteparolen für den Euro und die Staatsschulden erinnern mich an Deutschland gegen Ende des Zweiten Weltkriegs: Im Prinzip war der Krieg im Januar 1943 für Deutschland verloren, wenn wir früher Frieden geschlossen hätten, hätten wir einiges vermeiden können. So ähnlich ist es jetzt auch.

Smart Investor: Noch eine abschließende Frage: Wie sehr wird die Schweiz weiterhin von den USA und EU in die Mangel genommen werden?

Dr. Schmitz: Die Schweiz muss aufpassen, dass sie sich dem Druck der anderen europäischen Länder und der USA nicht ständig beugt. Aus meiner Sicht wäre das ein Fehler. Aus Sicht von Schäuble ist das natürlich gewollt, denn die EU sucht dringend Geldgeber, die dieses große Schuldenloch schließen können. Es gibt nicht viele Länder, die das können – die Schweiz ist eines davon. Erstens weil sie sehr große private Vermögen hat, zweitens nur eine geringe öffentliche Schuld: 40% des BIP, im Vergleich zu Deutschland eine Insel der Seligen. In der Schweiz ist also noch eine Menge zu holen; unter diesen Vorzeichen muss man auch die Bestrebungen sehen, sie immer weiter unter Druck zu setzen. Das geschieht nicht wegen der Steuergerechtigkeit, denn dann dürfte nicht nur immer die Schweiz am Pranger stehen. Dann müssten z.B. die USA auch die Steueroasen im eigenen Land, z.B. Delaware, trockenlegen.

Smart Investor: Herr Dr. Schmitz, vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Ralf Flierl, Ralph Malisch, Verena Wenzelis

Hier ist Platz für Ihre Fragen und Notizen:



SCHMITZ & CIE.
Individuelle Fondsberatung

Schmitz & Cie. GmbH
Individuelle Fondsberatung

Am Sommerfeld 22
D-81375 München

Telefon: +49 (0)89 17 92 40 20
Telefax: +49 (0)89 17 92 40 24

info@schmitzundcie.de
www.schmitzundcie.de



SCHMITZ & PARTNER AG
Privates Depotmanagement

SCHMITZ & PARTNER AG
Privates Depotmanagement

Via Albaredo 53
CH-6645 Brione s. Minusio

Telefon: +41 (0)91 7 44 66 65
Telefax: +41 (0)91 7 43 44 00

info@schmitzundpartner.ch
www.schmitzundpartner.ch